

PROTOKOLL

*über die 14. , ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Dienstag,
den 17. Dezember 1963, im Rathaus, I. Stock, rückwärts, Gemeinderatsitzungssaal.*

Beginn der Sitzung: 16,00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Anwesend:

VORSITZENDER:
Bürgermeister Josef Fellingner

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:
Direktor Hans Schanovsky
Josef Hochmayr

STADTRÄTE:
Alfred Baumann
Alois Besendorfer
Franz Enge
Alois Huemer
Ludwig Kubanek
Leopold Petermair
Prof. Stefan Radinger
Emil Schachinger

GEMEINDERÄTE:
Johann Ebmer
Karl Feuerhuber
Franz Frühauf
Rudolf Fürst
Johann Heigl
Anton Hochgatterer
Franz Hofer

Johann Holzinger
Walter Kienesberger
Konrad Kinzelhofer
Johann Knogler
Ottilie Liebl
August Moser
Stefanie Pammer
Johann Radmoser
Ing. Johann Schinko
Franz Schmidberger
Susanne Tschebaus
Kommerzialrat Ludwig Wabitsch
Rudolf Wagner
Alfred Watzenböck
Leopold Wippersberger
Johann Zöchling

VOM AMTE:
Mag. Dir. Dr. Karl Enzelmüller
Amtsrat Ludwig Stary

PROTOKOLLFÜHRER:
VOK Alfred Eckl
VB Ilse Schausberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER DIREKTOR HANS SCHANOVSKY:

- | | | |
|-----|---------------|--|
| 1) | Ha-4914/1962 | Genehmigung des Nachtragsvoranschlages 1963 |
| 2) | Ha-4411/1963 | Genehmigung des Voranschlages für das Jahr 1964 |
| 3) | Spa-6688/1963 | Ergänzung des Sparkassen-Verwaltungsausschusses |
| 4a) | Präs-544/1963 | Gewährung einer einmaligen Familienbeihilfe für das Jahr 1963 |
| 4b) | Präs-538/1963 | Gewährung einer einmaligen Zuwendung an Magi - stratsbedienstete |

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

- | | | |
|----|-----------------|---|
| 5) | Bau 6-4210/1962 | Herstellung eines Kanales am Tabor |
| 6) | Bau 3-3830/1963 | Asphaltierungsprogramm 1963 - Fremdvergaben
a) I. Teil
b) II. Teil |
| 7) | Bau 3-2299/1954 | Änderung des Projektes "Umfahrung Hundsgraben" |

BERICHTERSTATTER STADTRAT FRANZ ENGE:

- | | | |
|-----|--------------------------------|--|
| 8) | Sport-2628/1962 | Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe zum Ausbau des Sportplatzes Rennbahn |
| 9) | ÖAG-Städt. Wihof-
1792/1963 | Ankauf von Kaltasphalt |
| 10) | ÖAG-Städt. Wihof-
7542/1963 | Ankauf eines Frontladegerätes |

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS HUEMER:

- | | | |
|-----|------------------------------|--|
| 11) | ÖAG-Wasserwerk-
5190/1963 | Verlegung einer Wasserleitung in der Schiller- und Hafnerstraße |
| 12) | Gem-X-1344/1962 | Regulierung des Investitionsschillings bei der Berechnung der Lustbarkeitsabgabe der Kinos |

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

- 13) ÖAG-6702/1963 Genehmigung eines Grundtausches : zwischen der Stadtgemeinde Steyr und der I.Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft Steyr
- 14) Präs-534/1963 Erhöhung der Prämien für die Gruppenzusatzversicherung;
Präs-535/1963 Einbeziehung der Kinder in die Gruppenzusatzversicherung

BERICHTERSTATTER STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

- 15) ÖAG-10520/1956 Weiterführung der Instandsetzungsarbeiten im Lebzelterhaus
- 16) ÖAG-5422/1963 Genehmigung einer Grundablöse im Zuge des Straßenerweiterungsbaues in der Damberggasse

BERICHTERSTATTER STADTRAT PROF. STEFAN RADINGER:

- 17) K-6570/1962 Freigabe von Mitteln zur Errichtung der Fernseh-Lokalsendeanlage am Tröschberg
- 18) Schu-V-3116/1954 Regelung der Schulgeldeinhebung für die Städt. Handelsakademie, die Städt. Handelsschule und die Städt. Frauenberufsschule

BERICHTERSTATTER STADTRAT LUDWIG KUBANEK:

- 19) ÖAG-4704/1962 Ankauf der Liegenschaft Heindlmühle
- 20) Präs-332/1963 9. Gehaltsgesetznovelle - Ergänzung des Arbeiterschemas durch zwei zusätzliche Gehaltsstufen

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALFRED BAUMANN:

- 21) F-4554/1963 Säuglingswäschepaketaktion 1964
- 22) F-5573/1963 Kohlenhilfsaktion 1963/64
a) I. Teil
b) II. Teil
- 23) F-5572/1963 Weihnachtssonderaktion 1963 zur Unterstützung bedürftiger Rentner und Pensionisten

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD PETERMAIR:

- | | | |
|-----|-----------------|---|
| 24) | Bau 2-2179/1963 | Abänderung des Stadtregulierungsplanes 1930-Teilbebauungsplan "An der Enns" |
| 25) | Bau 2-4134/1963 | Genehmigung einer Grundteilung (Franz und Barbara Mayr und Gustav und Anna Müllner) |

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL GHERBETZ:

- | | | |
|-----|-----------------|--|
| 26) | Bau 3-5403/1963 | Verbreiterung der Einfahrt in die Leopold-Werndl-Straße |
| 27) | ÖAG-2395/1962 | Genehmigung einer Grundablöse im Zuge der Verbreiterung der Dukartstraße |

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Ich darf Sie zu unserer heutigen und im heurigen Jahr letzten Gemeinderatsitzung recht herzlich begrüßen. Die Beschlussfähigkeit ist ausreichend gegeben.

Zu Protokollprüfern schlage ich vor Herrn Gemeinderat Schinko und Herrn Gemeinderat Moser und bitte die beiden Herren, diese Funktion zu übernehmen.

Entschuldigt sind Stadtrat Gherbetz und Gemeinderat Kohout, die beide krank sind.

Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Herr Kollege Schanovsky, darf ich um Ihren Vortrag bitten!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER DIREKTOR HANS SCHANOVSKY:
Sehr geehrter Gemeinderat!

Für das Jahr 1963 ist durch nicht vorhergesehene Einnahmen, durch erhöhte Steuereingänge und durch das Notopfer an den Bund sowie durch Änderungen der Pflichtausgaben auf Grund bereits gefasster Beschlüsse von über- oder außerplanmäßigen Ausgaben, die Erstellung eines Nachtragsvoranschlages notwendig geworden.

Die Einnahmen des ordentlichen Haushaltes erfahren gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag eine Erhöhung um rund 11 Millionen Schilling. Diese Erhöhung ist im einzelnen im Nachtragsvoranschlag, der Ihnen zugegangen ist, ausgewiesen. Sie beruht im wesentlichen auf einer Darlehensrückzahlung durch das Land Oberösterreich in der Höhe von 5,4 Millionen Schilling und einem erhöhten Gewerbesteueraufkommen in der Höhe von 4,5 Millionen Schilling. Die Ausgaben erfahren eine Erhöhung im selben Ausmaß wie die Einnahmen. Die wesentlichsten Posten sind: eine verstärkte Zuführung an die Rückla-

gen entsprechend der Darlehensrückzahlung in der Höhe von 5,4 Millionen Schilling, eine verstärkte Zuführung zur Bedeckung des außerordentlichen Haushaltes und die Zahlung von rund 2 Millionen Schilling als Notopfer an den Bund. Der ordentliche Haushalt ist daher ausgeglichen.

Im außerordentlichen Haushalt bringt der Nachtragsvoranschlag eine Erhöhung der Ausgaben um 1,1 Millionen Schilling auf S 37 103 300, --, wobei für den Ankauf von Liegenschaften um über 4,3 Millionen Schilling mehr ausgegeben wurde als im Voranschlag und die Darlehen für den Wohnbau um 3,1 Millionen Schilling gegenüber dem Voranschlag auf rund 10,2 Millionen Schilling erhöht wurden. Andererseits wurden verschiedene Ausgaben infolge von Verzögerungen nicht in vollem Ausmaß in Anspruch genommen.

Die Einnahmenseite des außerordentlichen Haushaltes wurde um S 8 856 100, -- erhöht, sodaß auch der außerordentliche Haushalt ausgeglichen ist. Die Einnahmenerhöhung wurde möglich durch die verstärkte Beanspruchung der Rücklagen von zusätzlich 4,3 Millionen Schilling, durch zusätzliche Mittel aus Erlösen von Grundverkäufen (plus 3,2 Millionen) und einer erhöhten Zuführung von Mitteln aus dem ordentlichen Haushalt (plus 1,7 Millionen Schilling). Während wir im Voranschlag, ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen, Schilling 114 988 400 zum Ansatz brachten, wird einschließlich des Nachtrages der Voranschlag nun auf S 127 558 100, -- erhöht.

Hinsichtlich der Rücklagenentwicklung ergibt sich auf Grund des Nachtragsvoranschlages folgendes Bild: Die Rücklagen per 1. 1. 1963 im Betrage von rund 30 Millionen Schilling erhöhen sich auf Grund der gesetzlichen Zuführung (Erneuerungsrücklage u. dgl.) auf 37,3 Millionen Schilling und werden zur Deckung des außerordentlichen Haushaltes mit 20,3

Millionen Schilling beansprucht werden, sodaß ein Bestand von 17,0 Millionen Schilling mit Jahresende zu erwarten ist.

Der Finanz- und Rechtsausschuß stellt Ihnen daher folgenden Antrag:

1) Ha-4914/1962

Genehmigung des Nachtragsvoranschlags 1963. - (BEILAGE A) -

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr, Zl. 4914/62, vom 18. 12. 1962, womit der Voranschlag 1963 genehmigt wurde, wird im Sinne des anliegenden Nachtragsvoranschlags für das Jahr 1963 wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

a) die Gesamteinnahmen von
S 79 073 400 auf S 90 454 800
die Gesamtausgaben von
S 79 073 400 auf S 90 454 800
daher ausgeglichen S -----

b) die Reineinnahmen
von S 73 422 900 auf S 84 939 300
die Reinausgaben
von S 73 422 900 auf S 84 939 300
daher ausgeglichen S -----

2. Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von
S 28 247 200 auf S 37 103 300
und die Gesamtausgaben von
S 35 915 000 auf S 37 103 300
daher ausgeglichen S -----

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 18. 12. 1962 betreffend den Voranschlag für das Jahr 1963 bleiben unverändert.

Ich bitte Sie um Annahme des Antrages über den Nachtragsvoranschlag.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wird zum Nachtragsbudget 1963

das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall. Wenn Sie dem Nachtragsbudget 1963 Ihre Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Die Gegenprobe? Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bitte Herr Kollege Schanovsky zum Voranschlag 1964!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER DIREKTOR HANS SCHANOVSKY:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Im Anschluß an den Nachtragsvoranschlag für 1963 habe ich Ihnen heute auch den Voranschlag für das kommende Jahr 1964, der Ihnen ebenfalls zugegangen ist und aufliegt, zu erläutern und zu beantragen.

Der Voranschlag umfaßt den gesamten Haushalt (den ordentlichen wie auch den außerordentlichen), die Stadt, Unternehmungen, die Krankenfürsorgeanstalt und die Stiftungen. Beigefügt sind außerdem die erforderlichen Nachweise und der Dienstpostenplan. Nachrichtlich ausgewiesen werden die Wirtschaftspläne der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH und der Gasversorgungsgesellschaft mbH Steyr, die beide Organisationsgesellschaften der Gemeinde sind.

Wiederum wurde der Voranschlag von der Einnahmenseite her erstellt, um zu vermeiden, daß die Ausgaben höher präliminiert werden. Es soll dadurch wieder der gewünschte Ausgleich erzielt werden. Dieser Umstand zwingt zu wirksamer Sparsamkeit und zu der Maßnahme, daß nicht mehr ausgegeben wird, als die Einnahmen bringen, wodurch wir von unserer bisher geübten Finanzpolitik nicht abweichen. Solange wir zu diesem gesunden Grundsatz stehen, braucht uns nicht bange sein. Noch drückt uns weder eine Schuldenlast noch ein Zinsenaufwand. Eine solche finanzielle Situation gibt uns doch eine gewisse Beruhigung und

Zuversicht, mit welcher wir unsere Verantwortung gegenüber der Bevölkerung leichter tragen können.

Unsere Aufgabe ist es, den Voranschlag nicht zu überfordern, lieber vorsichtig zu präliminieren, wie dies seit Jahren geschehen ist. In diesem Sinne ist auch der Voranschlag für 1964 erstellt worden, und zwar mit.....

(Bürgermeister - Stellvertreter Hans Schanovsky trägt Auszüge aus dem Vorbericht zum Voranschlag 1964, Beilage B, vor).

Sie alle haben sicherlich noch eine Reihe von echten und begründeten Bedürfnissen, die leider zurückgestellt werden müssen, nicht weil sie nicht erforderlich sind, sondern weil hierfür die Decke zu kurz ist. Andere Anträge und Wünsche müssen den vordringlicheren Aufgaben eben zurückstehen. So gibt es auf allen Gebieten der Kommunalwirtschaft Erfordernisse, die aufgeschoben werden müssen und erst später erfüllt werden können.

Die nach wie vor große Wohnungsnot verlangt von uns die äußersten Anstrengungen, um nur die dringendsten Fälle befriedigen zu können. Denken Sie daran, daß die Gemeinde der GWG bereits aus eigenen Mitteln 97 Millionen Schilling für den Wohnbau zur Verfügung gestellt hat. Es muß daher der Wohnbau weitergeführt werden. Aber auch die Schulraumnot wird immer unerträglicher. Der Wechselunterricht mußte wieder eingeführt werden, der den Eltern viel Unannehmlichkeiten bereitet. Hier muß vordringliche Abhilfe geschaffen werden, vielleicht auch einmal auf Kosten des Wohnungsbaues.

Der Straßenverkehr droht uns zu überwältigen. Wir müssen auch auf diesem Sektor Herr der Situation bleiben. Straßen- und Brückenbau können wir nicht vernachlässigen. Dazu kommt der hohe Kosten verursachende Kanalbau. Der Altersheimzubau muß weiter

geführt werden. Die Anträge von Bauherren für dort gestalten sich beängstigend. So sehen Sie, welche vielseitigen Aufgaben immer wieder bewältigt werden müssen. Leider sind die finanziellen Mittel beschränkt, sodaß die Vorhaben nur nach Vorhandensein der Mittel ausgeführt werden können. In einzelnen Sparten der österreichischen Wirtschaft zeigen sich deutlich Verflachungserscheinungen. Auch in der Industrie unserer Stadt ist ein Stagnieren festzustellen und wir können nur hoffen, daß doch wieder eine Erholung eintritt. Wir sind einmal vom Beschäftigungsumfang unseres Großunternehmens auf Gedeih und Verderb abhängig. Es sind auch Handel und Gewerbe in Steyr zum größten Teil auf den Lebensstandard der Arbeitnehmer angewiesen. Nicht zuletzt auch auf die vielen Arbeiten, die die Gemeinde vergibt.

Sie kennen aus der Presse den großen Wirtschaftskampf zwischen den beiden Gruppen EWG und EFTA. Österreich bemüht sich durch eine Assoziierung Anschluß zu finden. Aber wir dürfen daran keine großen Hoffnungen knüpfen. Eine gewisse Übergangszeit wird wohl hart sein, bis sich der Lauf der Wirtschaft einspielen wird. Es ist daher wirklich große Vorsicht geboten.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Es muß zusammen festgestellt werden, daß unsere Finanzlage noch gefestigt ist, daß wir aber trotz dieser Ausgeglichenheit nicht ohne Sorge bleiben dürfen, weshalb ich Sie bitte, so wie bisher mit dem so oft bewiesenen Verständnis eine gedeihliche Zusammenarbeit zu üben, die sich immer wertvoll und zweckmäßig im Interesse unserer Bevölkerung ausgewirkt hat. Unsere bisherigen Leistungen werden von der Bevölkerung anerkannt und diese erwartet daher weiter von uns, daß wir unse-

re schöne Vaterstadt noch schöner, noch lebenswerter gestalten.

In diesem Sinne stellt Ihnen der Finanz- und Rechtsausschuß folgenden Antrag:

2) Ha-4411/1963

Genehmigung des Voranschlages für das Jahr 1964.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1964 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je S 89 547 100

der außerordentliche Haushalt in den Einnahmen mit

S 28 909 300

in den Ausgaben mit

S 36 200 000

folglich mit einem Abgang von

S 7 290 700

festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städt. Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/1948 in der letzten Fassung.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 8 132 300, -- und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 3 243 000, --; der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr in den Einnahmen und Ausgaben ausge-

glichen mit je S 495 000, --; die Voranschläge der Stiftungen und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden im gleichen Ausmaß wie im Jahre 1963 erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe 400 v. H.

Grundsteuer B für andere Grundstücke 420 v. H.

Gewerbesteuer nach

dem Gewerbeertrag und

Gewerbekapital 180 v. H.

Lohnsummensteuer 1000 v. H.

Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen die Annahme dieses Voranschlages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sie hörten aus dem Munde unseres Finanzreferenten die Erläuterungen zum Voranschlag 1964. Wird hiezu das Wort gewünscht?

Bitte Herr Kollege, Stadtrat Schachinger!

STADTRAT EMIL SCHACHINGER: Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Immer wenn die Sonne sich ihrem tiefsten Stand nähert, sind alle, die mit der Kommunalverwaltung irgendwie verbunden oder daran interessiert sind, in ihren Erwartungen auf den höchsten Stand gekommen. Geht es doch darum, den Haushaltsplan zu erstellen, zu beraten, vorzutragen und Ausschau zu halten, welche Gemeinwirtschaft wir in dem kommenden Jahr erleben können.

Die Ausführungen unseres Herrn Finanzreferenten, den wir ja als einen sehr vorsichtigen und pflichtbewußten Finanzreferenten kennen, haben uns gezeigt, daß wir in Steyr auch heuer wieder einen gewissen Höhepunkt

erreicht haben, daß eine Steigerung der Einnahmen nicht mehr möglich ist. Wir haben diesen Haushaltsplan im Finanz- und Rechtsausschuß beraten. Wir haben auch in den Fraktionen die Möglichkeit gehabt, dazu Stellung zu nehmen, haben unsere Wünsche dem Herrn Finanzreferenten vorgetragen und ich kann mir ganz gut vorstellen, daß ein Finanzreferent zu dieser Zeit sich mehr oder weniger als der Weihnachtsmann vorkommt; hat er doch alle Wünsche entgegen zu nehmen, sie zu überlegen, zu überprüfen, ob er darf, ob er kann, wobei ich das Können und Dürfen davon abhängig mache, wie breit die Finanzkraft der Bevölkerung in dieser Stadt ist. Nun, unser Finanzreferent hat es ja schließlich viel leichter als sein Kollege auf der Bundesebene. Sind wir doch nicht diese Leute, die ihn überfordern und Forderungen stellen, die er nicht erfüllen kann. So bringt er uns auch das Gegengeschenk, daß er uns in seinem Steuersatz keine Erhöhung vorzuschreiben braucht und daß wir einer geordneten Finanzgebarung auch im zukünftigen Jahr entgegensehen.

Es wird vielleicht notwendig sein, sich doch mit irgendwelchen Auswegen zu befassen, um die Finanzkraft unserer Stadt zu stärken. Es wurde schon in den vergangenen Jahren oftmals darauf hingewiesen, daß auch kleinere und mittlere Betriebe für die Stadt von ungeheurer Wichtigkeit sind. Ich verstehe, daß es heute nicht mehr möglich sein wird, so wie vor zehn oder noch mehr Jahren, hier neue Betriebe anzusetzen. Sie sind ja meistens schon untergekommen. Ich denke hier besonders an diejenigen, die aus der ehemaligen österreichischen Monarchie zugesiedelt sind. Und doch müssen wir schauen, Mittel und Wege zu finden, um diese Erstarrung, die mehr oder weniger eingetreten ist, zu überwinden. Wir haben mit Befriedigung festgestellt, daß der Herr Finanzre-

ferent so wie er es immer macht, seine Ausgaben nach den Einnahmen richtet und er sich auch, das muß ich wieder bemerken, da beispielgebend von den Freunden auf der Bundesebene unterscheidet.

Ich muß hier feststellen und der Herr Finanzreferent hat es ja gesagt, daß die Arbeitsvergaben, die durch die Gemeinde vorgenommen werden, ja hauptsächlich der heimischen Industrie und dem heimischen Gewerbe zugute kommen. Ich kann hier sagen, daß tatsächlich die Stadt Steyr immer sehr bemüht ist, diese Arbeiten und die Gelder die von der Gemeinde kommen, auch hier am Platz zu verteilen.

Wenn wir auch verschiedene Wünsche bekanntgegeben haben, so wissen wir doch, daß es noch Sachen gibt in der Gemeinde, die vielleicht nicht momentan durchzuführen sind, die wir aber doch vortragen wollen, weil wir denken, daß vielleicht eine bessere finanzielle Entwicklung auch dahingehend Abhilfe schaffen kann.

Als ersten möchte ich hier einen wichtigen Punkt vortragen und zwar ist dies die Planung des sogenannten Berufsschulzentrums. Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß durch die Wiedererrichtung einer Garnison in Steyr die gewerbliche Berufsschule und auch die kaufmännische Berufsschule ihre Räume verliert und die beiden Schulen zum Jahresende ausziehen müssen, sodaß die Notwendigkeit vorhanden ist, diesen jetzt sozusagen heimatlos gewordenen Schulen eine Unterkunft zu schaffen. Wir wissen, Berufsschulen sind 'Sache' des Landes, aber die Grundbeistellung muß durch die Gemeinde erfolgen. Die Städte und Märkte Oberösterreichs sind geradezu in einem Wettkampf und Schnellauf beschäftigt und versuchen diese Internatsberufsschulen für ihre Stadt zu gewinnen, wissen sie doch, daß hier zusätzlich ca. 150 bis 180 Leute in diesem Ort wohnen, hier verpflegt werden und sich dadurch wie-

der zusätzliche Einnahmen für die Stadt ergeben.

Wir haben aber noch einen Wunsch. Wir wollen nicht nur das was heute bereits vorhanden ist, verbessern und wo anders unterbringen, sondern es ist der große Wunsch der Kaufmannschaft dieser Stadt - hier bitte ich um besondere Unterstützung der Gemeinderäte - aus diesen Tagesberufsschulen Internatsberufsschulen zu machen. Wir haben diese Internatsberufsschulen bereits in Linz, in Hochscharfen und in Ried. Sie wurden auch in Wels, in Rohrbach usw. errichtet. Wir sehen uns hier in der Eisenstadt Steyr geradezu prädestiniert, eine Berufsschule für den Eisen-, Maschinen-, Elektrohandel und verwandte Sparten zu schaffen. Das wird natürlich nur dann möglich sein, wenn wir die volle Unterstützung der Stadtgemeinde erhalten. Ich bitte Sie daher, dieses Projekt nicht aus dem Auge zu lassen, denn wenn dieses Rennen beendet ist und wir nicht jetzt zugreifen, dann werden wir diese Schulen nicht mehr erhalten. Gerade diese Internatsberufsschulen sind von einer ungeheuren Bedeutung, die Schulerfolge sind bedeutend größer durch die Unterbringung der Jugendlichen durch 7 oder 8 Wochen in diesen Heimen und es ist dadurch auch die Möglichkeit geboten, die Jugend nicht nur intensiver zu unterrichten, sondern sie auch durch Vorträge, durch kulturelle Veranstaltungen usw. für etwas zu interessieren, was für sie vielleicht Neuland oder Niemandsland bleiben würde.

Ein weiterer Wunsch von uns war auch, einen Betrag für das Kriegerdenkmal einzusetzen. Wir haben leider bedauerlicherweise feststellen müssen, daß dieser Betrag nicht vorgesehen ist, doch glaube ich, daß nach 19 Jahren es doch Zeit wäre, auch der Gefallenen des zweiten Weltkrieges zu gedenken.

Die Straßenbeleuchtung wird ja

in Steyr ständig verbessert. Aber doch muß man feststellen, daß gerade im Stadtzentrum oft eine mystische Dunkelheit herrscht. In der Vorweihnachtszeit, wo Enge und Pfarrgasse so blendend beleuchtet sind, kommt man dann auf den verfinsterten Stadtplatz. Die derzeitige Beleuchtung, die sich am Trottoir befindet, ist ja mehr oder weniger nur eine nette Zusatzbeleuchtung zu den überreichen Schaufensterbeleuchtungen und was sich dazwischen befindet, die Fahrbahn, ist stockfinster. Ich glaube, wenn es heute zu einer Regelung des Verkehrs am Stadtplatz kommt, dann wird es unbedingt notwendig sein, auch dort in der Mitte eine entsprechende Beleuchtung anzubringen. Aber nicht nur am Stadtplatz, sondern auch auf unseren Brücken müssen wir feststellen, daß die Beleuchtung der heutigen Zeit nicht mehr entspricht. Diese nett angebrachten, an das Kriperl erinnernden Lampen haben den Nachteil, daß sie zwar den Raum über den Brücken herrlich beleuchten, auf den Trottoiren die Menschen aber nur mehr zu erkennen sind, wenn ein vorbeifahrendes Auto sie mit den Scheinwerfern beleuchtet.

Die Verbauung der Schradergründe ist projektiert und ich denke, es wäre vielleicht doch noch einmal zu überlegen, ob man diesen so bedeutenden Bauplatz, der verkehrstechnisch glänzend liegt, durch so viele Zufahrtsstraßen erreichbar ist und die Möglichkeit für Parkplätze in überreichem Ausmaß bietet, nicht doch zu einem Teil, ich denke an den gegenüber dem Brucknerplatz oder der Handel-Mazzetti-Promenade liegenden, für irgend einen Repräsentativbau reservieren sollte. Dort nur Wohnungen und ev. Geschäfte zu errichten, dafür scheint mir dieser Platz etwas zu kostbar. Ich möchte wieder erinnern, daß die sogenannte Mehrzweck- oder Stadthalle heute ja noch immer ein Wunschtraum unserer Bevölkerung

ist. Bei der großen Not an Sälen in Steyr wäre es wirklich notwendig, auch an diesen Wunsch zu denken. Vergessen wir nicht, daß in dem früher viel kleineren Steyr viel mehr Säle vorhanden waren, daß zwei Säle als Kino ihrem ursprünglichen Zweck entfremdet wurden.

Ein Kapitel, das mehr oder weniger in den Gemeinderatsitzungen mit einem gewissen Humor behandelt wurde, ist der Fremdenverkehr. Gestatten Sie mir, daß ich über diesen Punkt etwas länger spreche, als wir dies bis jetzt gewohnt waren. Der Steyrer Fremdenverkehr, die Förderung, die im Haushaltsvoranschlag vorhanden ist, zeigt ja, daß wir durch den Verkauf der Broschüren eine kleine Einnahme haben, daß wir uns bemühen, auch wieder neue Broschüren aufzulegen, die ja den Bessern aller Einheimischen und Fremden finden.

Wenn wir aber den Fremdenverkehr in unserer Stadt betrachten, dann müssen wir wieder sagen, wie ist das möglich? Eine Stadt in einer so herrlichen Lage, eine Stadt mit Baulichkeiten, die von allen, die hierher kommen bewundert werden und erinnern Sie sich noch an die wunderbaren Worte, die hier unser Landeshauptmann anlässlich seiner Ernennung zum Ehrenbürger unserer Stadt gefunden hat? Erinnern Sie sich, wie er gesagt hat, daß hier jeder Weg ein Weg durch die Vergangenheit und jeder Blick ein Blick in ein offenes, aufgeschlagenes Geschichtsbuch ist. Wenn ich jetzt unseren Fremdenverkehr damit in Verbindung bringe, so muß ich sagen, unser Fremdenverkehr, der ist ein Blick in ein Märchenbuch und auf Seite 1 steht "Dornröschen in ihrem hundertjährigen Schlaf" und ich frage mich, wo ist der Prinz, der sie wieder wachküst?

Ich habe mich erkundigt, welche Entwicklung die Nächtigungsziffern hier in Steyr genommen haben. Wir müssen bedauerlicherweise fest-

stellen, daß wir auch in diesem Jahr wieder einen Verlust von 2 000 Nächtigungen hatten, nachdem die Nächtigungsziffer bereits im Vorjahr zurückgegangen ist. Bei der ja nicht besonders großen Anzahl an Beherbergungsbetrieben - es sind ja inklusive Hotels, Gasthäuser und dem Heim am Tabor nur 16 und es stehen uns 382 Betten zur Verfügung, die nur zu 30 % im Jahr ausgenutzt werden. Die Ziffer aller Übernachtungen hat nur mehr 40 000 betragen und ist wiederum um 2 000 geringer als im Jahre 1962.

Meine Damen und Herren, Sie wissen ja, daß die Eisenbundesstraße jetzt endlich ihren entsprechenden Ausbau erfährt. Es wird dort ein Gebiet für den Fremdenverkehr erschlossen werden, das ein Anziehungspunkt für alle sein wird, die aus großen Städten kommen, um Ruhe und Erholung zu finden. Das Tor zu diesem Fremdenverkehrsgebiet wird die Stadt Steyr sein und alle, die dort ihre Unterkunft und ihre Erholung finden, werden auch das Bedürfnis haben, einmal die Stadt aufzusuchen. Man sagt, wir haben zu wenig Hotels und doch ist der Nachweis erbracht, daß die Betten nur zu 30 % belegt sind. Das ist natürlich der Durchschnitt. Es ist klar, daß zum Beispiel in den Sommermonaten ein größerer Bedarf vorhanden ist. Hier würden gerade diese Internatsberufsschulen den Ausweg zeigen, denn in den Sommermonaten sind diese Internatsberufsschulen geschlossen und es würden uns dort die ganzen Einrichtungen für den Fremdenverkehr zur Verfügung stehen. Wenn wir schon eine Gesellschaft gefunden haben, die den schlummernden Schloßparkpavillon wieder aufleben lassen will, um dort ein Kaffeehaus zu errichten, wie dies schon einmal der Fall war, so müssen wir doch auch hier Mittel und Wege finden. Vielleicht finden wir so eine Gesellschaft, die Interesse und auch die nötigen finanziellen Mittel

mitbringt, um auch im Gaststätten- und Hotelgewerbe hier einen Ausweg zu finden. Der Fremdenverkehr muß uns zusätzliche Erträge bringen und es wäre lächerlich, wenn dies in dieser herrlichen Stadt nicht möglich wäre. Gehen wir doch nach Rottenburg, gehen wir nach Dinkelsbühl usw., die haben gar nicht diese malerische Schönheit, die der Steyrer Stadtplatz hat. Sie sind mehr oder weniger eintönig. Die Vielfalt, die wir hier in Steyr haben, kann auch von diesen Orten nicht übertroffen werden. Ich glaube, wenn sich alle, die Hotelbesitzer, die Gemeinde, die Beherbergungsbetriebe und die Kaufmannschaft, endlich aufrichten, Steyr zu einer Fremdenverkehrsstadt zu erklären und natürlich auch die nötigen Geldmittel hierfür aufbringen, sodaß die Werbung in den internationalen Verkehr eingeschlossen wird, so werden wir im Fremdenverkehr doch auch Erfolge erzielen.

Ein sehr heißes Eisen war der Markt, die Verkehrsregelung am Markt. Sie wissen ja, daß die ursprüngliche Lösung nicht den Beifall gefunden hat. Es ist verständlich, wenn der eine es vom Verkehrsstandpunkt, der andere vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, daß hier irgendwelche Gegensätze entstehen. Wir sind aber überzeugt, daß hier ein Kompromiß gefunden wird und es wäre daher vollkommen falsch, sich auf den Standpunkt zu stellen "alles oder nichts", das heißt, entweder hundertprozentig dieser Plan, oder es geschieht am Stadtplatz gar nichts. Die gesamte Bevölkerung, auch die Marktfieranten und die Autofahrer sind interessiert, daß hier Ordnung geschaffen wird. Ich bitte, hier einen Ausweg zu finden, der allen gerecht wird. Es wird ein Kompromiß sein und jeder wird seinen Anteil dazu leisten müssen. Wir werden aber eine Lösung erreichen, die günstig ist und den Beifall aller und auch der Fußgeher finden wird.

Die Müllabfuhr wurde vom Herrn Finanzreferenten gestreift und er hat hier auf das große Defizit hingewiesen und doch hätte ich hier eine Bitte: Durch die Anschaffung dieser voluminösen Mülltonnen ist es heute sehr vielen Leuten, besonders alten Leuten, nicht möglich, diese Mülltonnen auf die Straße zu schleppen. Vergessen Sie nicht, daß wir Häuser haben, die oft sehr hoch liegen, zum Beispiel am Wieserfeld, wo nur alte Frauen wohnen. Es besteht da der Wunsch, die Müllabfuhr - die Leute, die hier die Hilfe der Gemeinde in Anspruch nehmen wollen, sind auch bereit Beiträge zu leisten - auf die Art durchzuführen, daß es möglich wird, diesen Leuten zu helfen und diese unerhört schweren Tonnen durch Arbeiter der städtischen Betriebe zum Müllwagen hinzutragen.

Ein wichtiger Punkt sind die Parkanlagen. Jedes Jahr hören wir von unserem schönen Brucknerplatz, der in einer so wunderbaren Umgebung ist, im Schatten des Münsters, des Kriegerdenkmals, gegenüber das herrliche Brucknerdenkmal. Hier besteht immer der Wunsch, eine Anlage zu schaffen und leider müssen wir immer wieder bedauernd feststellen, daß diesbezüglich keine Fortschritte gemacht werden. Das gleiche, bitte, ist auch mit dem Wieserfeldplatz. Auch da besteht der Wunsch, hier endlich einmal eine Anlage zu gestalten. Leute, die so gern einen wunderbaren Weg benützen, sind schon oft an uns herangetreten, hier etwas zu unternehmen und wir haben auch Leserbriefe in der Zeitung gesehen, in denen man den Verfall eines so beliebten Rundganges feststellte. Ich glaube, Sie wissen, was ich meine und ich bitte auch hier, das Augenmerk darauf zu richten.

Ein besonderer Wunsch der Bewohner der Haratzmüllerstraße, einer Straße, die eigentlich vom Verkehr nicht mehr so belastet ist, war

es schon immer, ihnen wenigstens in den Sommermonaten einen kleinen Promenadenweg zu gestalten. Dies ist ein sehr bescheidener Wunsch dieser Leute. Sie denken da an das rechtsseitige Ennsufer, zirka von der Neutorbrücke bis nicht ganz unmittelbar zur Ennstalbrücke. Dieser Weg ist leider durch die vielen Überschwemmungen sehr holprig geworden und es wurde hier nur eines oder zweier Arbeiter bedürfen, die mit Krampen und Schaufel dort Wunder wirken könnten und dadurch diesen Leuten im Sommer einen kühlenden Spaziergang ermöglichen.

Anlässlich des Neubaus des Viaduktes in der Bahnhofstraße, der ja eine gewisse Zeit gedauert hat, sind leider dort verschiedene Geschäftsleute und zwar solche, die mit Gütern nicht recht gesegnet sind, in ihrem Geschäft insofern geschädigt worden, als sie momentan in einer Sackgasse waren und kein Durchzugsverkehr mehr möglich war. Ich habe mit verschiedenen solchen Geschäftsleuten gesprochen und diese haben mir erzählt, daß sie sehr bedeutende Umsatzrückgänge verzeichnen mußten. Es drängt sich nun die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, bei längeren, bitte dies möchte ich betonen, bei länger andauernden Arbeiten, die der Allgemeinheit dienen, wie hier dieser Brückenbau, ob es da nicht möglich wäre, durch einen eigenen Fond diese Leute doch irgendwie zu unterstützen. Es werden hier keine besonderen Mittel zur Verfügung stehen. Aber etwas sollte schon geschehen, weil diese Leute vollkommen unverschuldet in ihrer geschäftlichen Tätigkeit geschädigt werden.

Der Autobus nach Münichholz fährt immer seinen konservativen Weg und es wird oft gefragt, warum es eigentlich nicht möglich ist, auch die Bewohner des Abschnittes 3 unmittelbar in den Verkehr einzubeziehen. Die Bewohner dieses Abschnittes

müssen immer die weiten Anwege zu den bis jetzt vorhandenen Autobushaltestellen gehen. Bitte ich habe es nicht überprüft, wie weit dies technisch möglich ist, aber könnte man nicht eine Schleife durch die Wagnerstraße, Zellerstraße ziehen und dann zur Endstation kommen und erst auf der Rückfahrt den Weg durch das tote Gebiet des Waldes nehmen?

Im außerordentlichen Haushalt ist auch wieder ein Betrag von 100 000 Schilling für die Fernsehstation vorgesehen. Ich weiß nicht, warum eigentlich jetzt wieder eine Erhöhung eingetreten ist. Sie wissen, dies war voriges Jahr bei der Budgetdebatte ein sehr strittiger Punkt und es hat geheißen, daß diese Station höchstens 380 000 bis 400 000 Schilling kosten wird. Wenn neuerdings 100 000 Schilling veranschlagt sind und sich die Ausführung wieder etwas teurer gestaltet, so möchte ich Sie vielleicht mit ein paar Ziffern bekannt machen, die Sie interessieren werden. Mit 1. Jänner 1962 betrug der Stand der Fernsehteilnehmer in der Stadt 2 265 und ist bis Ende November dieses Jahres auf 3 465 gestiegen, das heißt in fast zwei Jahren hat sich die Zahl der Fernsehteilnehmer um 50 % erhöht, eine erkleckliche Summe, die die Einnahmen des Fernsehens wieder gewaltig in die Höhe treibt. Ich würde über diesen Punkt heute nicht sprechen, wenn nicht ein großes Versehen passiert wäre. Während doch die Fernsehgesellschaft in Steyr diesen Sender aufbaut, hat hier eine Vereinigung, die durch 125 Jahre besteht, ein Fest gefeiert, wie dies wohl schöner, eindrucksvoller, vornehmer in seiner Art nicht mehr möglich war. Weltbekannte Persönlichkeiten des Kulturlebens haben sich in dieser Stadt eingefunden. Aber weder das Österreichische Fernsehen, noch der Österreichische Rundfunk haben von dieser Veranstaltung Notiz genommen. Es wäre schon Aufgabe des Fernsehens

gewesen, wenn es sowieso in Steyr beschäftigt ist und sich ihre technische Ausrüstung aus den Steuergeldern der Bevölkerung bezahlen läßt, daß es eine Sendung für diese Veranstaltung freigegeben hätte. Wir bewundern den Mut, den die führenden Persönlichkeiten der Gesellschaft der Musikfreunde hatten und es ist bedauerlich, daß nicht die Möglichkeit vorhanden war, auch das übrige Österreich über diese einmalige Veranstaltung zu informieren.

Der Taboraufzug ist wieder einmal in der Planung und Sie wissen ja, die Zählung der Personen, die die Taborstiege frequentieren, ist oftmals durchgeführt worden. Meine Damen und Herren, es soll nicht vielleicht der Taboraufzug an der Auseinandersetzung von verschiedenen Leuten diesseits und jenseits der Enns scheitern. Bitte, wenn ich vielleicht die Meinung der Taboraner für mich auch in Anspruch nehme, dann deswegen, weil ich mir sage, daß die Errichtung des Aufzuges auf den Tabor technisch leicht durchführbar ist und sich hier auf dem Tabor nicht nur Wohngebiet, sondern auch der Friedhof, die Leichenhalle, das Krematorium und das Altersheim befindet und sich hinter diesem Gelände wiederum große Wohngebiete entwickeln und auch Industrien vorhanden sind. Ich denke da beispielsweise an die GFM, wo doch für die Fußgänger der kürzeste Weg über die Taborstiege bzw. in der Zukunft über den Taboraufzug führt.

In dem, wie ich ja schon gesagt habe, oft so stillen Steyr - wer erinnert sich nicht an die heißen Sommermonate, wenn man da über den Stadtplatz geht, wie ausgestorben es hier ist und dagegen in anderen Städten das Leben pulsiert, wo Reiseautobusse die Fremden bringen - sind wir auch mit Festlichkeiten nicht recht reich gesegnet. Um so erfreulicher, daß doch das Jahr 1964 uns wieder einige bedeutende Feiern bringt. Ich denke hier an die

Einhundertjahrfeier der Feuerwehr Steyr, die bestimmt in einem großen Ausmaß durchgeführt werden wird. Ich denke aber auch an die einhundertjährige Bestandsfeier der Steyrwerke, die diese Stadt bestimmt sehr beeindruckt wird. Darüber hinaus aber, meine Damen und Herren, wollen wir nicht vergessen, daß der Gründer des Werkes und der spätere Generaldirektor, Josef Werndl, wohl der größte Sohn unserer Stadt war und wir uns in dem gleichen Jahr seines 75. Todestages erinnern. Ich glaube, es wäre vielleicht Aufgabe der Stadtgemeinde, er ist ja auch Ehrenbürger dieser Stadt, durch eine Ausstellung usw. die Erinnerung an diesen Mann wachzurufen, von dem die Jugend heute eigentlich gar nichts weiß und der schon seinerzeit als ein vorbildlicher und sozialer Unternehmer in die Geschichte unserer Stadt eingegangen ist. Wir haben hier nicht nur seine Grabstätte, sondern wir haben hier auch sein Denkmal, das wohl als eines der schönsten in Österreich gilt. Wenn wir da oben die Worte lesen "Arbeit ehrt", so zeigt das, wie fortschrittlich dieser Mann war, denn diese Worte zu dieser Zeit am Denkmal anzubringen, war bereits eine fortschrittliche und kühne Tat.

Meine Damen und Herren, das wäre das Erfreuliche für das Jahr 1964 und wir wollen hoffen, daß alle unsere Wünsche in Erfüllung gehen. Wir wollen aber auch hoffen, daß sich Erscheinungen, die sich hier und da in Österreich gezeigt haben, nicht ausbreiten. Die großen, weltweiten Ereignisse werden wir nicht beeinflussen können. Aber eines, meine Damen und Herren, wird möglich sein, hier auf der Gemeindeebene sich immer zu erinnern an die Vergangenheit und ich glaube, daß gerade die Älteren unter uns die Verpflichtung haben, die Jungen, wenn sie zu aggressiv werden, mehr oder weniger zurückzuweisen. Lassen wir uns von

irgendwelchen politischen Hitzköpfen in unserer Arbeit nicht stören! Wir haben zwei Kriege mitgemacht, wir kennen die Zeit zwischen den Kriegen, die Zeit leidenschaftlicher politischer Auseinandersetzungen und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Nach diesem Krieg wurde uns das erspart. Wollen wir im Geiste wahrer Demokratie und der Toleranz unter Anerkennung aller unserer unabdinglichen Grundsätze zusammenarbeiten, dann wird unsere Stadt Steyr, die wir letzten Endes ja so lieben, auch einen entsprechenden Aufschwung nehmen. Die Bevölkerung wird uns dankbar sein. Sie will nicht Haß und will nicht Streit. Sie will Freiheit, Frieden und Würde. Sie will teilhaftig werden an den Fortschritten unserer Zivilisation, unserer Kultur und der Technik.

Gestatten Sie mir zum Schluß, daß ich allen Mitarbeitern des Magistrates, die ihren Geist, ihre Kraft, ihre Kenntnisse im abgelaufenen Jahr unserer Kommunalverwaltung zur Verfügung gestellt haben, recht herzlich danke im Namen meiner Fraktion. Ich darf aber auch die Gelegenheit benützen, um nicht nur Ihnen, Herr Bürgermeister, sondern allen Damen und Herren des Gemeinderates und allen Angestellten, den Beamten und Arbeitern des Magistrates, ein recht herzliches und frohes Weihnachtsfest und ein recht glückliches Neujahr zuzurufen.

Dem Haushaltsvoranschlag wird die Österreichische Volkspartei ihre Zustimmung nicht versagen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wer wünscht als Nächster das Wort?

Bitte Herr Kollege Watzenböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Ich darf mich in meiner Stellungnahme zum Voranschlag 1964 im wesentlichen darauf beschränken, die Anliegen meiner Fraktion vorzubringen, soweit diese im vorliegenden Voranschlag noch nicht berücksichtigt wurden. Wir haben unsere Wünsche zeitgerecht und schriftlich vorgebracht. Wenn ich hier etwas vorbringen werde, was mein geehrter Vorredner ähnlich sagte, so ist das nicht meine Schuld, da ich eben der Zweite bin.

Unsere Anträge enthalten vorerst einmal einige kleine und bescheidene Wünsche wie z. B. Sanierung der Kanalisation in der Schlossergasse. Die Anrainer der dortigen Brauerei werden durch das Hochkommen diverser Abfälle arg belästigt sobald etwas stärkerer Regenfall zu verzeichnen ist. Weiters wäre in dieser Gasse der Belag zu erneuern. Diese an und für sich kleine Gasse wird als Verbindungsweg zwischen Sierninger Straße und Schuhbodengasse sowie zum Wieserfeldplatz relativ stark von Fußgängern benützt, besonders an Markttagen. Das vorhandene Katzenkopfpflaster ist entsprechend abgetreten und stellenweise eingesunken und daher im Winter besonders schlecht begehbar. Auch befindet sich in dieser Gasse kein einziger Beleuchtungskörper und soll schon einmal aus Gründen der...

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTERSTELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Brennt schon!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Dann ist dies also überholt. Den Wunsch haben wir ja schon früher einmal vorgebracht, danke.

Der Christkindweg möge als Fahrstraße ausgebaut werden und zwar ab der Redtenbachergasse. Die Anzahl

der Siedler auf der Anhöhe ist doch schon sehr beachtlich angewachsen.

Wiederholt wurde an uns auch der Wunsch herangetragen, die Schaffung eines Gehsteiges in der Häfnerstraße zu betreiben. Der Durchzugsverkehr zum ständig anwachsenden Viertel um die Galleistraße ist beachtlich. Das könnte vielleicht noch im Zusammenhang mit der Wasserleitungsverlegung geschehen. Das gleiche gilt auch für die Arbeiterstraße, wo der Gehsteig schon auf Anhöhe des Kirchenbaues endet. In der Arbeiterstraße ist auch noch folgendes zu beobachten: Es wurde ein Teil der Grünanlage südseitig geopfert, um einen Abstellstreifen für Kraftfahrzeuge zum Schrägparken zu schaffen. Nun gibt es leider unter den Kraftfahrern immer wieder gedankenlose und wenig disziplinierte Leute, die auf Schrägparkflächen ihr Fahrzeug just nicht parallel zu einander aufstellen, sondern in einem Winkel von 90 Grad. Daß da zwei Fahrzeuge durch die Schuld des später ankommenden den Platz von drei oder vier Fahrzeugen einnehmen, ist klar. In dem einen Fall ist es Gedankenlosigkeit, im anderen Fall auch Bequemlichkeit, weil man ja reversieren müßte und rückwärts einstoßen. Um hier Ordnung zu schaffen, schlage ich vor, die Abstellfläche durch Schräglinien zu markieren. Dieser Abstellstreifen wird von beiden gegenüberliegenden, ausgedehnten Häuserblöcken benützt und wird bereits schon zu knapp. Jetzt im Winter ja nicht, durch die Tatsache, daß viele ihr Fahrzeug einwinteren. Im Frühjahr aber ändert sich das Bild sofort wieder.

Einen Vorschlag in der gleichen Richtung möchten wir für den Ennskai machen. Auch dieser soll mit Einteilungen für PKWs und LKWs versehen werden, um diesen wertvollen Dauerparkplatz bestmöglichst auszunützen.

In bezug auf Beleuchtung wäre

anzuregen, die Verbindung von der Arbeiterstraße über die Hubergutstraße zur Schwarzmayrstraße herzustellen. Es würde vorerst eine geringe Anzahl von Beleuchtungskörpern genügen. Das alles wird sich bei gutem Willen noch unterbringen lassen.

Ein größeres Anliegen stellt der von uns eingebrachte Antrag auf Planung und Errichtung einer städtischen Markthalle dar. Als Standort haben wir uns die Schradergründe gedacht. Da raufen wir halt immer mit einander herum, da dieser Platz sehr günstig und zentral liegt, wie schon erwähnt wurde, sowohl für die eine Seite der Stadt mit den Stadtteilen Ennsdorf, Ennsleite und Innenstadt, wie auch für die andere Seite im Steyr - dorf, Eisenfeld, Wehrgraben usw. Die Vorteile einer solchen Markthalle liegen auf der Hand. Besonders bei Schlechtwetter und während der Frostperiode wären die Auswirkungen sowohl für Käufer als auch Verkäufer sehr angenehm. Eine weitere sehr günstige Auswirkung wäre die Entlastung des Stadtplatzes und es würde dadurch endlich die solange umstrittene Regulierung des Stadtplatzes ermöglicht werden. Der zur Zeit in Diskussion stehende Verbauplan könnte ja entsprechend motiviert werden.

Bezüglich Musikschule möge die Neuunterbringung weiterhin im Auge behalten werden. Inzwischen sollen die jetzigen Unterbringungsverhältnisse weitgehendst verbessert werden. Hierzu ist festzustellen, daß sich seit unserem diesbezüglichen Antrag vom Dezember 1962 einiges zum Besseren gewendet hat. Die Rattenplage hat ihr vorläufiges Ende gefunden. Wackelige Stühle wurden ersetzt, die Beheizungsmöglichkeit verbessert und die Briketts nicht mehr so knapp vorgezählt. Man friert nun nicht mehr, während im letzten Winter Lehrer und Schüler mit dicken Wollwesten dagessen sind beim Un-

terricht. Mit Schnüre angehängte Fenster sind allerdings noch vorhanden. Man soll nicht gerade hier sparsam sein. Ich halte die musikalische Betätigung mindestens ebenso wertvoll wie manche andere, für die sehr viel Geld ausgegeben wird.

Um wieder zu den wirtschaftlichen Belangen zu kommen, möchte ich nochmals auf die Angelegenheit Industrie- und Gewerbezone zu sprechen kommen. Anlässlich der Budgetdebatte 1962 habe ich auf die Vorteile hingewiesen, die eine kräftige Förderung der Entfaltungsmöglichkeit von Klein- und Mittelbetrieben einer Stadt bringen kann. Daß solche Maßnahmen innerhalb kurzer Zeit Früchte tragen, beweist sich am Beispiel der Stadt Wels. Ich habe hier einen Artikel aus einer oberösterreichischen Tageszeitung. Darf ich daraus kurz zitieren: "Gemeinde Wels großzügig bei Grundabgabe - 70 Millionen Schilling quasi verschenkt!" - Hier ist angeführt: "Großes Entgegenkommen zeigte die Stadt den zahlreichen Industriebetrieben bei ihren Betriebserweiterungen, wobei sie von 1949 bis 1954 insgesamt 49 000 m² und von 1954 bis 1963 113 000 m² Grund beistellte, wovon allein 97 000 m² auf das im östlichen Stadtteil gelegene Industriegebiet entfallen. Für weitere Betriebsniederlassungen oder Betriebserweiterungen stehen für diesen Zweck noch etwa 120 000 m² Grundstücke im Industriegebiet zur Verfügung, wobei der Quadratmeterpreis zwischen 35 und 40 Schilling schwankt. "Soweit ich informiert bin, ist das Aufkommen an Lohnsummensteuer und Gewerbesteuer in Wels bereits höher als das der Stadt Steyr. Dies obwohl wir hier über die Großindustrie verfügen. Es lohnt sich somit und man muß ernstlich daran denken, jetzt die Arrondierung und Aufschließung der dafür in Frage kommenden Gründe am Tabor energisch zu betreiben.

Erst kürzlich stak der Bauausschuß wieder in einem Dilemma bei der Entscheidung, ob es einem Antragsteller erlaubt werden könne, auf seinem Grund, der sich in einer werdenden Siedlung befindet, die Einrichtung einer Tischlerei zu gestatten oder nicht. Bei aller Einsicht für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten mußte der Antrag abgelehnt werden.

Ich habe auch anlässlich der damals erfolgten Besichtigungsfahrt und des dabei beschlossenen Verbotes der Einrichtung einer Tischlerei in diesem Gebiet gesagt, na gut, ich schließe mich an, aber können wir da jemandem eine Existenz verwehren, auch wenn wir im Rahmen der Gesetze entscheiden? Diese Förderung der Industrie und des Gewerbes ist umso wichtiger, als wir wissen, daß in dem einen großen Werk, auf das die Stadt ja doch weitgehend angewiesen ist, ein gewisser Rückgang, wie er ja schon festgestellt und erwähnt wurde, zu verzeichnen ist. Ich glaube, daß das auf diese Art, also durch die Förderung der Mittel- und Kleinbetriebe, in absehbarer Zeit, wettgemacht werden könnte.

Ein anderes Gebiet und anderes Kapitel ist die Errichtung einer würdigen Kriegergedenkstätte für die Gefallenen des zweiten Weltkrieges. Ich muß hier trotzdem darüber meine Ausführungen bringen, da es unsere Ansicht ist, wenn auch in dieser Richtung schon gesprochen wurde. Es sollen entsprechende Mittel bereitgestellt werden. Als Ort der Aufstellung dieses Ehrenmals denken wir uns einen Platz im Friedhof oder beim Friedhof, nachdem sich die Adaptierung der Margaretenkapelle als doch sehr kostspielig erwiesen hat. Weil es sich in diesem Zusammenhang so ergibt, möchte ich betonen, daß bei einem Millionenbudget auch der Betrag für einen Kranz zu erübrigen sein müßte, den die Stadtgemeinde am 1. November den gefallenen Söhnen widmen soll durch Niederlegung am Heldenfried-

hof.

Unserem Antrag auf Bereitstellung größerer Geldmittel für Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit wurde durch Einbauung weiterer 250 000 Schilling voll entsprochen. Damit ist dieser, der Sicherheit auf den Straßen gewidmete Budgetposten auf 400 000 Schilling aufgestockt.

Einer befriedigenden Regelung ist noch das Parkplatzproblem beim Landeskrankenhaus zuzuführen.

Auch über die Mülltonnen möchte ich sprechen und einen ähnlichen Wunsch vorbringen. Hier bestehen allerdings gewisse Schwierigkeiten und zwar verkehrsmäßig bedingt. Schon jetzt kann man immer wieder beobachten, daß beim Entleeren der Mülltonnen der Verkehr in den engen Gassen gesperrt ist. Wenn man den berechtigten Wünschen entgegenkommen wollte, die Tonnen aus den Häusern hinaus und dann hinein zu tragen, so wird natürlich eine viel längere Stehzeit der Müllabfuhrfahrzeuge entstehen. Trotzdem aber bitte ich, in dieser Richtung zu überlegen, wie man diesen Wünschen entgegenkommen könnte, besonders in bezug auf alleinstehende ältere Personen.

Ich habe nur unsere Wünsche vorgetragen und erwähnt, wofür wir sind. Nun muß ich auch etwas sagen, wogegen wir sind und das ist eben wieder diese Fernsehanlage. Der Zweck und Erfolg ist unserer Ansicht nach sehr fragwürdig und im übrigen eben Sache der Fernsehgesellschaft. Weiter möchte ich darauf nicht eingehen, da darüber schon zu viel gesprochen wurde.

Es gäbe auch noch manches anzuführen über die Reihung und Dringlichkeit dieser oder jener Vorhaben. Doch da werden die Ansichten, auch subjektiv bedingt, stets auseinandergehen.

Ich habe nun im Namen der Fraktion zum Voranschlag selbst die Zu-

stimmung zu geben und im Namen meiner Fraktion danke ich ebenfalls allen bei der Ausarbeitung dieses Voranschlages beschäftigten Personen. Es ist sicherlich ein sehr umfangreiches Werk und sehr sauber und ordentlich abgeschlossen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte Herr Gemeinderat Schmidberger!

GEMEINDERAT FRANZ SCHMIDBERGER:

Meine Damen und Herren!

Ich möchte Sie beim Kapitel Gesundheitswesen auf einen Umstand hinweisen, wo meines Erachtens bei einigermaßen gutem Willen eine Abhilfe geschaffen werden könnte. Es ist üblich, daß jährlich vom Gesundheitsamt Steyr die Lehrlinge untersucht werden. Nun haben wir in Steyr einen Amtsarzt, der sehr gewissenhaft ist und der nicht irgendwie Beschreibungen gibt oder Erholungsaufenthalte vielleicht gut heißt, wo sie nicht am Platze sind. Nun sieht die Praxis so aus - meistens trifft das jene Lehrlinge, die in kleineren Werkstätten oder Kaufgeschäften beschäftigt sind - der Amtsarzt stellt fest, daß der Lehrling dringend eines Erholungsaufenthaltes bedürfe; das Gesundheitsamt verständigt dann den betreffenden Lehrherrn, daß der Lehrling oder das Lehrmädchen für einen Erholungsaufenthalt vorgesehen ist. Da kommt es vor, daß der Chef dann das Gesundheitsamt anruft und sagt, dies ist unmöglich, der Lehrling kann nicht freigestellt werden, außer das Gesundheitsamt stellt ihm eine Kraft zur Verfügung, während der Lehrling auf Erholung ist.

Hier möchte ich an die Vertreter der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft appellieren, daß sie in

dieser Richtung etwas unternehmen und darauf Einfluß nehmen, denn die Gesundheit unserer Jugend ist wirklich das höchste Gut. Wenn der Amtsarzt feststellt, daß der Lehrling dringend auf Erholung muß, so müßte der betreffende Lehrherr das einsehen und die Gesundheit seines Lehrlings schützen. Es ist doch so: Ein gesunder Lehrling bringt doch für den Lehrherrn viel mehr, als wenn dieser einen halb kranken Lehrling beschäftigen muß. Ich glaube, bei einigem guten Willen könnte man diese Sache aus der Welt schaffen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke, bitte Herr Gemeinderat Moser!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Sehr geehrter Gemeinderat!

Wenn man den Haushaltsvoranschlag 1964 zur Hand nimmt und ihn mit dem des Jahres 1963 vergleicht, so hat man das Gefühl, er gleicht dem des Vorjahres so wie ein Ei dem anderen. Wenn im ordentlichen Voranschlag Ausgaben und Einnahmen in Höhe von 89 Millionen Schilling, also um 10 Millionen Schilling mehr als im vorigen Jahr vorgesehen sind, so ist das glaube ich lediglich zurückzuführen auf die Teuerung der Vergangenheit, der laufenden Zeit und der Zukunft, die man da bis zu einem gewissen Grad berücksichtigt hat. Das zeigt auch der ganze Aufbau des Haushaltes und ich glaube, man kann schon jetzt sagen, wenn durch die bekannte Sorgfalt und Sparsamkeit unseres Finanzreferenten die Übung weiter so geübt wird wie bisher - es ist erst das Wort Einsparung gefallen - daß auch am Ende des Jahres 1964 wahrscheinlich der Haushalt, sowohl der ordentliche, als auch der außerordentliche, ausgeglichen sein wird. Das ist schon

durch die Zauberformel des Finanzreferenten gewährleistet, die er nie verläßt nach dem Bericht über den außerordentlichen Haushalt hinzuzufügen und die er auch heute wieder ausgesprochen hat und die lautet: "Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Ausmaße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird." Das ist die übliche Zauberformel, die wir schon seit Jahren kennen, die dem Finanzreferenten die Rückenbedeckung und uns die Gewähr gibt - erst ist das Wort vom "Dornröschenschlaf" gefallen - daß wir ruhig sein können im Verlaufe des ganzen Jahres, denn das was nicht durchgeführt werden kann, wenn es auch im außerordentlichen Haushalt aufscheint, wird einfach zurückgestellt. Es ist kein großes Kunststück auf diese Art immer einen ausgeglichenen Haushalt herbeizuführen. Es zeigt nur von Sparsamkeit und vorsichtiger Budgetierung, aber ich meine, es gibt dem ganzen Haushalt keine Note der Ausweitung und Höherstellung der Aufgaben, die wir in anderen Städten sehen können.

Insgesamt kann man sagen, daß es ein Budget der Teuerung ist. Auch die Bemerkung die der Finanzreferent in seinem Bericht gemacht hat, bezüglich der Verpflegungssätze im Altersheim, der Müllabfuhr und so verschiedenem, lassen uns gewärtigen, daß in den kommenden Monaten, wenn man es auch bis nach der Budgetberatung verschoben hat, Erhöhungen und Belastungen zu erwarten sind.

Ich bin der Auffassung, daß die Gemeinde, der ohne Zweifel sehr enge Schranken durch die Finanzpolitik des Bundes gelegt sind, und sie dann noch einen vorsichtigen Finanzreferenten hat, der nicht gewillt ist, wie er ausdrücklich gesagt hat, irgendwelche Anleihen aufzunehmen, das Haushaltsvolumen nicht verändern kann, das immer nur aufgebaut ist auf die innerhalb der Gemeinde aufzubringenden Mittel und

man daher einfach Vorhaben, auch wenn sie notwendig sind, zurückstellt. Wenn ich in der Vergangenheit des öfteren die Finanzpolitik des Bundes gestreift habe und ihre Auswirkungen auf die Gemeinde, so ist mir durch Zwischenrufe von den verschiedenen Fraktionen gesagt worden, das ist ja Politik, das gehört nicht hierher. Na, ich glaube aber doch in den letzten Monaten feststellen zu können, sowohl aus Äußerungen des Finanzreferenten als auch aus Äußerungen einzelner Diskussionsredner verschiedener Fraktionen, daß sie auch schon darauf gekommen sind, wenn sie es auch früher nicht wahrhaben wollten, daß auch eine Gemeindefinanzpolitik, ein Gemeindevoranschlag im weitgehendsten Ausmaß von der Finanzpolitik des Bundes beeinflusst wird. Wenn man dann aufgezeigt hat, daß der Bund wirklich an verschiedenen Dingen sparen könnte, um den Gemeinden nicht solche Lasten auferlegen zu müssen, sondern ihnen mehr Mittel zufließen lassen könnte, so wurde gesagt, manchmal auch von unserem Nationalrat Enge, na ja, es ist leichter sich an den größeren Bruder zu wenden, damit dem Kleinen Hilfe zuteil wird, als gewissermaßen von der Gemeinde aus irgendwelche Mittel flüssig zu machen. Ich möchte auch diesmal nicht daran vorbeigehen zu sagen, weil mir eben bewußt ist, daß es kaum möglich sein wird, neue Mittel aus dem Kreise oder sagen wir den Betrieben usw. der Gemeinde zu schöpfen. Obwohl hier verschiedene Vorschläge gefallen sind, heute interessanterweise überhaupt Vorschläge, die möchte ich sagen, eine Sammlung von Vorschlägen der vergangenen Jahre aller Fraktionen beinhalten, die aber bezeichnender Weise von der Seite der Gemeinde, wie sich zeigt, noch nicht erledigt wurden und deshalb immer wieder vorgebracht werden müssen. Dabei sind einige Vorschläge, was die Fußsteige beispielsweise betrifft usw., sicherlich Dinge,

die kein Vermögen oder besonders große Ausgaben erfordern würden. Ich möchte auch jetzt sagen, es ist schon so, wenn mehrere Parteien hier ihre Wünsche vortragen, daß sich manche Wünsche kreuzen, weil wir ja als Sprachrohr der Bevölkerung auftreten.

Die Fußsteige wurden besonders vernachlässigt und interessanterweise sogar in einem neuen Stadtgebiet, das ausgebaut wird, wie auf der Ennsleite. Sie haben dort in der Arbeiterstraße, Kopernikusstraße usw. sehr breite Rasenflächen, wo sehr leicht ein Fußsteig Platz hätte. Auf einer Seite stehen die Autos. Der ganze Verkehr spielt sich auf der Straße ab. Die Fußgänger müssen auf der Straße gehen und der stets zunehmende Autoverkehr ist dort ziemlich groß und die Fußgänger sind gefährdet. Damit aber auch der Fahrer, der mit großer Verantwortlichkeit belastet ist. Aber nicht nur das, auch die Kinder spielen dort auf der Straße in sehr ausgiebigem Ausmaß und ich glaube, es wäre höchste Zeit, auf der Ennsleite wirklich einen Spielplatz zu schaffen, um die Kinder von der Straße wegzubringen.

Wir sehen, daß für Mittel des Wohnbaues, der ja vordringlich ist in Steyr wie in allen Städten, auch diesmal wieder im außerordentlichen Haushalt 9 Millionen Schilling eingesetzt sind. Wenn man damit vergleicht, was im vergangenen Jahr der Bund für den Wohnbau eingesetzt hat, 20 Millionen, so ist dies eine Schande und es muß sich wohl jeder fragen, was wohl die Herren im Parlament sich vorstellen oder in der Bundesregierung, da sie doch wissen, wie groß der Wohnungsbedarf in Österreich jetzt schon ist. Man hat allerdings für das kommende Jahr 100 Millionen eingesetzt für verschiedene Wohnbaufonds, also doch ein kleiner Fortschritt. Aber immerhin noch bei weitem nicht ausreichend, um den Wohnungsbedarf zu decken. Wenn man dann aufzeigt, es gäbe ohne Zweifel Mittel

innerhalb Österreichs, die leicht aufzubringen wären ohne besondere Opfer auf sich zu nehmen, dann wird eben kurzsichtigerweise immer wieder gesagt, das gehört nicht in die Gemeindestube, obwohl auch heute etwas was sehr weit weg ist von der Gemeindestube, selbst vom Finanzreferenten erwähnt wurde, nämlich daß eine eventuelle - es steht ja noch lange nicht fest, ob die einen wollen oder nicht - Assoziation mit der EWG - das wurde ja schon im vorigen Jahr gesagt und die Dinge treiben ja immer enger zu einander - auch für Steyr, für die Gemeinde und auch für den Betrieb, gewisse Schwierigkeiten mit sich bringen wird. Ja ich frage, ob das nicht hohe Politik ist, denn was geht uns im Gemeinderat die EWG an? Wir werden aber, wenn es zu einer Assoziation kommen sollte, die Auswirkungen spüren, die größere Konkurrenz der ausländischen Großmonopole und Großbetriebe, die leistungsfähiger sind in vieler Hinsicht wie die verhältnismäßig kleineren Betriebe Österreichs.

Ich erinnere mich wie mir im vergangenen Jahr anlässlich der Budgetberatung der Kollege Enge mit einem Hinweis diesbezüglich entgegengetreten ist und gesagt hat, na ja, wir müssen doch bedenken, daß durch die größere Konkurrenz ja auch der österreichische Unternehmer gezwungen wird, seinen Betrieb konkurrenzfähig zu gestalten und die Auswirkung davon sein wird, daß der Konsument billiger wird einkaufen können. Ich möchte da sagen, "die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." Ich erinnere mich daran, wie wir vor Jahren sehr ausgiebig und sehr intensiv in den Arbeiterkammerversammlungen diskutiert haben und als Referenten Wissenschaftler die Frage der Liberalisierung aufgeworfen haben. Der Gipfel ihrer Ausführungen war, die österreichische Arbeiterschaft möge ja zustimmen, denn das werde eine Verbilligung aller Konsumarti-

kel nach sich ziehen. Wir alle, die wir hier sitzen, wissen, daß die Teuerungen, die Preiserhöhungen, ununterbrochen all die Jahre nicht stillstanden, sondern weiter vor sich gehen und auch vor der Gemeinde nicht halt machen. Dazu werden von Seite des Bundes der Gemeinde immer noch Fesseln durch einen ungerechten Finanzausgleich auferlegt, wie beispielsweise das Notopfer im Jahr 1963 als der Finanzminister über zu wenig Geld verfügte. Allerdings heißt es hier, daß angeblich, wenn die Einnahmen 90 Milliarden und einige Zehntel überschreiten, das Notopfer zurückerstattet werden soll. Das ist eine sehr vage Sache und es kann sicher noch niemand mit hundert Prozent behaupten, ob wir etwas zurückbekommen werden. Für das Jahr 1964 hat man ja von einem Notopfer Abstand genommen und ich glaube es müßten....

ZWISCHENRUF STADTRAT FRANZ ENGE:

Das ist für das Jahr 1964 verlängert worden.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER: Bitte? Das Notopfer? Nach den Ausführungen des Finanzministers und der Gemeindezeitung nicht! Bitte, ich habe hier die Gemeindezeitung, in der ausdrücklich unter "Referat des Finanzministers" darüber geschrieben wird. Das müßte also eine ganz letzte Sache sein, die offiziell noch nicht bekannt ist. Wenn es der Fall wäre, dann müßte heute gleich der gesamte Gemeinderat, auf das aggressivste dagegen protestieren, denn das ist die einfachste Art, wenn man selbst nicht genug Mittel und auch nicht den Mut hat, sich die Mittel anderswo zu holen, nämlich von dort, wo sie vorhanden sind, die Gemeinden zur Finanzierung verschiedener Dinge heranzuziehen. Ich komme nicht darüber

hinweg, zu sagen, es gibt immer noch Dinge, wir haben über das Bundesheer verschiedentliche Male gesprochen. Ich bin der Auffassung, wenn man schon der Meinung ist, jeder Staat muß sein Bundesheer haben, gut wir haben es. Aber wir könnten es zurückführen zumindest auf den Stand zur Zeit der ersten Republik. Da war es um die Hälfte weniger. Jetzt haben wir, glaube ich 60 000 Mann und Offiziere und damals waren es 22 000 bis 30 000 Mann. Ich habe vor kurzem mit einem hohen sozialistischen Funktionär gesprochen, der gesagt hat, "es widert mich an, wenn ich am Flugplatz Hörsching sehen muß, wie neue Flugzeuge ausprobiert und vorgeführt werden, weil ich mir denke, wenn der aufsteigt, das trifft insbesondere für Düsenflugzeuge zu, ist er, kaum daß er in der Luft ist, auch schon auf ausländischem Boden, wenn der Pilot nicht ganz auf der Höhe mit der Steuerung ist." Es ist auch empörend, wenn man sieht, daß immer wieder Panzer und Tanks angeschafft werden müssen, wo man doch genau weiß, daß sie in drei bis vier Jahren wieder der Verschrottung zugeführt werden, weil sie nicht mehr auf dem letzten Stand der Technik sind. Es ist interessant, daß jetzt der sozialistische Bundesrat und Atomwissenschaftler, Univ. Prof. Dr. Thirring, ein Abrüstungsprogramm vorgelegt hat. Ich nehme an, daß es die meisten gelesen haben. Es ist wirklich lesenswert und ich möchte nur zitieren, was er über das österreichische Bundesheer sagt: "Malerisch zum Anschauen, mühselig für den Soldaten, kostspielig für den Steuerzahler und nutzlos für den modernen Krieg!" Im wesentlichen auf eine kurze Formel gebracht, ist es so und man wundert sich dann nur, daß immer noch Abgeordnete, sind Sie mir nicht böse, ich sage besonders sozialistische Abgeordnete, ihre Zustimmung geben für den immer weiteren Ankauf von Panzern usw., für ein modernes nutzlos-

ses Spielzeug, das letzten Endes doch ein Machtinstrument in den Händen des Kapitals ist.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

In unserem Budget ist aber nichts für Waffen!
(Allgemeines Gelächter)

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Glücklicherweise nicht, Herr Finanzreferent, das ist eines der wenigen Dinge, die wir begrüßen können, aber die Feuerwehr; na ja die Feuerwehr ist zu ertragen, obwohl es sehr selten brennt, aber immerhin, das wissen wir alle, die müssen wir ausrüsten.

Ich möchte noch auf folgendes hinweisen: Es könnte der Finanzminister auch noch Mittel aus den rückständigen Steuern des Großkapitals heranziehen; das ist keine Neuigkeit, das wissen wir alle und es ist eine ständige Post im Bundesbudget. Ich möchte hier wiederum jedem, es sind ja im Gemeinderat eine Reihe nicht nur von Arbeitern und Angestellten, sondern auch von Gewerbetreibenden, fragen, ob sie zu diesen Steuerschuldnern gehören? Ich sage, weder Arbeiter noch Angestellte, weder kleine Geschäftsleute noch Gewerbetreibende. Denn den Arbeitern und Angestellten wird es aus dem Lohnsäckchen gezogen und den Gewerbetreibenden kommt man gleich mit einer Pfändung, wenn sie die Steuern nicht bezahlen. Warum macht man das nicht auch beim Großkapital? Warum weicht man hier aus und nimmt Rücksicht? Es ist ganz klar, die Aufteilung der Bundessteuern sowie die Belastung einzelner Gruppen mit Steuern und Abgaben ist ein Stück Klassenkampf. Ob es der eine wahrhaben will oder nicht, hier kämpfen die Klassen, die einen, daß sie entlastet wer-

den von Steuern und die anderen, daß sie ein größeres Stück der Einnahmen bekommen. Hier bin ich nach wie vor der Auffassung, daß von Seiten der Arbeitervertreter im Parlament zu wenig getan wird, um die Gemeinden zu entlasten und die Arbeiter vor höheren Besteuerungen zu schützen.

Ich möchte nun auf das Kapitel Wohnbau kommen und hier eine Anfrage an den Herrn Finanzreferenten stellen: Wir haben schon Jahre hindurch im außerordentlichen Haushalt das Kapitel Bau des Hauses Stadtplatz Nr. 25. Ich erinnere mich, daß noch vor Jahren als das Projekt geplant wurde, man gesagt hat, daß wir von der Oberbank einen billigeren Kredit bekommen, weil sie interessiert ist, in diesem Haus unterzukommen. Hier möchte ich fragen und muß ehrlicherweise gestehen, daß ich diese Anfrage auch schon im vergangenen Jahr gestellt habe, wie weit wir von diesem billigeren Kredit Gebrauch gemacht haben? Damals wurde mir vom Herrn Finanzreferenten erwidert, wir haben das nicht getan, wir haben es vorgezogen, das heißt, wir waren in der glücklichen Lage, Gelder der Gemeinde einzulegen, um Zinsen zu bekommen und nicht wie es hätte sein müssen, wenn wir Kredit aufgenommen hätten, Zinsen zu bezahlen. Nun ist mir aber erinnerlich, daß im vergangenen Jahr, ich glaube im Stadtrat und auch sonst bei Beratungen gesagt wurde, daß die höheren Mietzinse sich nun auch dadurch ergeben, daß wir schon Bankkredite in Anspruch nehmen müssen, die natürlich eine höhere Verzinsung erfordern. Wenn wir gleichzeitig Gelegenheit hätten, von einem Bankinstitut billigere Kredite zu bekommen, so weiß ich nicht, warum wir diese Gelegenheit nicht ausgenutzt haben, um doch einen Teil von Baukrediten, die wir mit höheren Zinsen haben aufnehmen müssen, zu vermeiden?

Wir haben ebenfalls im vergangenen Jahr verschiedene Forderungen

gestellt, die sich bloß auf, sagen wir das Gemeindebudget, beschränkt haben. Darunter waren Forderungen, die heute schon von den verschiedenen Fraktionsführern erwähnt worden sind. Einige wurden nicht erwähnt. Ich wiederhole sie: Da ist zum Beispiel die Führung des Autobusses nach Klein aber Mein über die Ennsleite zweimal wöchentlich an Donnerstagen und Samstagen, um den Bewohnern dort die Möglichkeit zu geben, auch am Stadtplatz einkaufen und eventuell um 11 Uhr wieder zurückfahren zu können. Wir haben damals schon gesagt, bitte es mag dies eine Sache von Fachleuten sein, zu berechnen, inwieweit dies rentabel ist. Man muß dabei ja nicht gerade verdienen, aber man würde dadurch doch den Hausfrauen das Einkaufen erleichtern. Es gibt darunter viele ältere Menschen. Dasselbe gilt auch für die Errichtung einer Telefonzelle, einer Fernsprechanlage, da oben, weil ja nicht jeder zu den wenigen Privatbesitzern, die über ein Telefon verfügen, gehen kann um zu telefonieren, und diese Leute doch ziemlich weit vom Stadtzentrum entfernt sind. Wir wiederholen deshalb diese Dinge, weil wir glauben, daß es kein großes Vermögen erfordern würde, um diese Erleichterungen für die kleinen Leute zu schaffen. Es ist interessant, wenn man heute Gespräche mit Menschen führt, die früher einmal ein bedeutendes Wort im Gemeinderat mitzureden gehabt haben, die damals sich gegen diese Forderungen gestellt haben und heute sagen, ja am Tabor da wird viel geplant, ein Aufzug und alles mögliche, aber uns da oben vergißt man ganz; wir sind älter geworden und es ist sehr schwer hinunter auf den Stadtplatz zu gehen. Also vielleicht wohnen auch einige, die jetzt Gemeinderäte sind und auch älter werden, da oben und können dann einmal schwer heruntergehen. Die sollen für diese Forderungen mehr Verständnis aufbringen und zwar schon jetzt, nicht

erst dann, wenn es zu spät ist und sie auch nicht mehr herunter gehen können.

Das wäre ein, der Kollege Enge hat damals einen Ausdruck gefunden, so viel ich mich erinnere, für diese kleinen Wünsche, er hat gesagt, das wäre ein Budget der kleinen Forderungen der kleinen Leute und wir fügen hinzu, zur Erleichterung des Lebens der kleinen Leute und älteren Leute, die kein Vermögen kosten und man soll vielleicht darüber ein Ressort errichten, denn interessanterweise ist es so, daß gerade diese kleinen Wünsche oft sehr leicht von der großplanenden Fraktion übersehen werden.

Ich habe damals auch - wenn ich jetzt "großplanende Fraktion" sage, so betrifft das natürlich die Mehrheit - den Wunsch zum Ausdruck gebracht, man möge für Steyr einen Perspektivplan erstellen, das heißt, daß man vordringliche Projekte, wie sie heute auch angeführt wurden, überprüft, welche die vordringlichsten sind und damit doch einen Schritt wieder einmal vorwärts macht. Es wäre falsch und wir würden uns selbst nicht achten, wenn wir sagen würden, Steyr hat nichts geleistet. Wir wissen, daß trotz größter Sparsamkeit immer die dringendsten Projekte und diese waren nicht immer die billigsten, wie zum Beispiel die Brücke, Schulen usw., dennoch errichtet wurden. Aber wir glauben, daß unter den vielen Projekten, die heute genannt worden sind - ich weiß auch schon die Antwort die ich bekommen werde, ich bekomme sie ja nicht zum ersten Mal zu hören - ein Hallenbad zu berücksichtigen wäre. Unser Bad ist wunderschön. Da gibt es gar nichts einzuwenden. Es ist nach wie vor der Anziehungspunkt nicht nur für die Steyrer, sondern auch für die Bewohner umliegender Städte. Die Jugend und die Sportler wollen aber ihre Betätigung auch im Winter fortsetzen können. Ich glaube, das müßte vielleicht doch berücksichtigt werden. Es

wurde vorerst erwähnt, daß im kommenden Jahr einige Feste anfallen werden. Darunter die Einhundertjahrfeier der Steyrwerke. Vielleicht wären die Steyrwerke zu bewegen, zu dem Hallenbad irgend etwas beizutragen. Wir brauchen darüber nicht zu diskutieren, wir wissen es ist ein Defizitgeschäft, wenn es gebaut und weitergeführt wird. Aber ich möchte auf ein Projekt aufmerksam machen. Es führt dort ganz in der Nähe die Fernheizleitung der Steyrwerke vorüber und wenn die Steyrwerke sich nur verpflichten würden, das Hallenbad fernzuheizen, so würde für die Gemeinde ein großer Posten entfallen. Ich glaube, ein so großer Betrieb wie die Steyrwerke könnte das wirklich im Interesse der jungen Steyrer Menschen durchführen, weil es ja letzten Endes doch ihre Arbeiter sind. Bei verschiedenen Jubiläen wird gesagt: "Der Stock von alten Steyrer Arbeitern, das ist unser Kapital, die haben unser Werk hoch gebracht usw." Das wird aber erst gesagt, wenn sie das Werk verlassen müssen infolge ihres Alters. Gerade jetzt bei diesem Hetztempo, das in dem Betrieb herrscht und das wird allgemein bestätigt von den arbeitenden Menschen, daß sich das Tempo immer mehr steigert. Um diese jungen Leute so lange wie möglich leistungsfähig zu erhalten, dazu gehört auch die Pflege des Sports. Er soll nicht nur im Sommer gepflegt werden, sondern auch im Winter. Wir wären auch einverstanden und hätten nichts dagegen, wenn eine Markthalle gebaut würde, wenn noch alles mögliche gebaut würde. Wir wissen auch alle, daß diese Projekte nicht auf einmal gebaut werden können, sondern daß man überlegen muß, welches ist eines der vordringlichsten. Wir glauben, daß man doch auch so eine Schwimmhalle, in den Gesichtskreis der Betrachtungen ziehen soll.

Das wären so einige Wünsche, die wir ergänzend vorbringen möchten und von denen wir glauben, daß sie

durchzuführen wären.

Wir sind der Auffassung, dies ist besonders an den Herrn Bürgermeister gerichtet, weil wir ja wissen, daß er im Städtebund vertreten ist, daß der Gemeinde- und Städtebund noch mehr, mit noch größerer Energie als bisher, gegen die Bundesfinanzpolitik, die die Gemeinden derart schädigt mit ihren Belastungen, mit ihrem ungerechten Finanzausgleich usw., Stellung nehmen soll. Wenn man in der Gemeindezeitung über die Tagungen des Gemeinde- und Städtebundes liest, so kann man ja nicht sagen, daß dies nicht geschehen würde, aber ich glaube, es müßte mit mehr Energie geschehen, mit derselben Energie, mit der der Heeresminister, trotzdem man das Budget beschnitten hat, doch seine 200 Millionen Schilling bekommen hat, während das Sozialbudget von 17,1 % auf 13,5 % herabgedrückt wurde. Mit derselben Energie, mit der sich ein Heeresminister durchsetzt, müßte sich der Städtebund durchsetzen, um für die Gemeinden mehr Mittel zur Verfügung zu bekommen. Denn sehen Sie, wir finden es als Pflicht, als Gewissensfrage in der Gemeinde, daß wir Wohnungen bauen und ich habe vorher schon erwähnt, die 20 Millionen sind eine Schandsumme für den Bund, die er im vergangenen Jahr für die Wohnbauten im ganzen Bundesgebiet zur Verfügung gestellt hat. Aber dem Heeresminister hat man diesmal 200 Millionen zusätzlich gegeben. Ich muß sagen, das ist eine Sache, die man nicht versteht und Sie können wieder lachen, wie sie dies im vorigen Jahr gemacht haben, keine Stimme im Parlament hat sich da erhoben, weil keine Kommunisten mehr im Parlament vertreten sind. Wenn Sie wirklich Demokraten sind und auch einer kleinen Arbeiterpartei die Möglichkeit geben wollen - das ist ein Appell besonders an die sozialistischen Kollegen - dann wirken Sie in ihrer Partei dahin, daß ein demokratisches Wahlrecht kommt, in

dem auch kleine Parteien, auch wenn sie nicht über 5 % der Wählerstimmen verfügen, vertreten sind. Solche Beispiele gibt es im Ausland viele, in der Schweiz, Dänemark usw. Es gäbe eine ganze Reihe von Ländern aufzuzählen, wo das der Fall ist. Das, glaube ich, sollten auch die sozialistischen Abgeordneten im Parlament tun und wie gesagt, dort Mittel verweigern, wo sie zwecklos sind, aber dort Mittel verlangen, wo sie den Gemeinden Nutzen bringen.

Abschließend möchte ich sagen, wir anerkennen auch und ich kann ohne Übertreibung sagen, daß die Forderung, die ich viele Jahre hier vertreten habe, nämlich Ausbau des Fußsteiges gegenüber dem Pumpwerk in der Haratzmüllerstraße sowie - na, was war denn das nur...

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-
STELLVERTRETER HOCHMAYR u.a.:
Das Wartehäuschen!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
..... ja natürlich, das Wartehäuschen errichtet wurde.

Ich habe mir heute wieder die Protokolle durchgesehen und muß sagen, das war so wie im siebenjährigen Krieg, 7 Jahre hat es gedauert bis es erreicht werden konnte. Heute strahlt vor Freude der Herr Magistratsdirektor, der mir dies schon für das vorige Jahr zugesagt hatte. Wir anerkennen es und ich kann Ihnen ruhig und ohne Übertreibung sagen, daß die Leute dort, besonders die Älteren, wirklich dankbar dafür sind, weil sie sagen, jetzt können wir mit Ruhe und Sicherheit einkaufen gehen und früher war dies stets, ohne Übertreibung, mit Lebensgefahr verbunden.

Ich möchte also abschließend sagen, der Appell an die : sozialistischen Kollegen besonders, er gilt

aber auch den Vertretern, sie sind ja auch Arbeiter und Angestellte, des ÖAAB, ihren Abgeordneten im Parlament dasselbe zu sagen, nämlich daß die arbeitenden Menschen nicht interessiert sind an dem Ausbau der Wehrmacht; es wäre besser gewesen, die 200 Millionen auf Gemeinden aufzuteilen oder einer besonders notleidenden Gemeinde zuzuteilen. Das glaube ich wäre notwendig und ich freue mich, wenn einmal die Erkenntnis durchgedrungen ist, bei allen Fraktionen, daß eine Gemeindepolitik nicht zu trennen ist von der Staatspolitik.

Zum Schluß möchte ich erklären, daß wir die Zustimmung zu beiden Haushalten geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Herr Kollege Enge hat sich zum Wort gemeldet! Bitte!

STADTRAT FRANZ ENGE:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich habe sozusagen den Vorteil zum Abschlusse auf einige Ausführungen meiner Kollegen eingehen zu können, bevor ich manche grundsätzliche Kritiken anzubringen habe. Denn, wenn auch die Mehrheitsfraktion den Voranschlag im wesentlichen erstellt, so sind auch wir mit verschiedenen Dingen, ich will zwar nicht sagen nicht einverstanden, aber doch nicht ganz einer einheitlichen Auffassung. Ich glaube, das ist in einer Demokratie etwas selbstverständliches. Darf ich bei den Herren Kollegen von rückwärts beginnen und zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Moser etwas sagen: Eigentlich spricht er mir grundsätzlich, das möchte ich sagen, aus dem Herzen. Der Wunsch, in unserer Stadt ein Hallenbad zu bauen, ist ja nicht zum ersten Mal gebracht worden. Aber Kollege Moser, ich habe leider die Erkenntnis ziehen müssen,

daß dort wo diese Hallenbäder bestehen, sie im Winter eine ganz geringe Frequenz aufweisen. Ich bin selbst nach Linz gefahren an einem Samstag Nachmittag und da waren 17 Besucher im Schwimmbad. Ich will nicht erklären warum. Ich kann es mir vorstellen. Im Winter baden und dann in die Kälte hinauszugehen bringt zumeist eine Erkältung mit sich. Ich weiß schon, es sollte hier eine Zwischenbrause eingesetzt werden, wo man sich abkühlt usw., aber das sind so die Probleme von der anderen Seite aus gesehen. Ich glaube sicherlich, daß, wenn es uns einmal so gut geht, es möge so sein, daß wir dann trotzdem einmal ein Hallenbad errichten können. Lieber Kollege Moser, grundsätzlich möchte ich einmal folgendes erklären: Es ist hier in diesem Raum weder von mir noch von anderen Kollegen jemals gesagt worden, daß die große Politik von der kleinen Politik in den Gemeinden zu trennen ist.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Das wurde des öfteren gesagt!

STADTRAT FRANZ ENGE:

Das wurde nie gesagt, aber daß wir von hier aus keinen Einfluß nehmen können im wesentlichen auf die große Politik, sondern daß wir uns in dem Rahmen, der unserer Stadt gegeben ist, eben einfügen müssen. Ich gebe Dir recht, Du hast etwas gesagt von Steuerstundungen, die Milliarden Schilling ausmachen. Aber ich lege hier, ich schäme mich nicht, ein Bekenntnis ab: Ich bin bereits für mehrere Betriebe zum Finanzminister gegangen, auf Betreiben von Betriebsräten, um den Betrieben Steuerstundungen einzuräumen, damit der Betrieb weiterarbeiten kann. Ich bekenne mich dazu. Es ist sicherlich, wie soll man sagen, nicht die richtige Art, aber ich habe

es auch bereits schon gemacht. Lieber Kollege Moser, Du kannst in Anspruch für Dich nehmen, daß doch einer Deiner uralten Wünsche in Erfüllung gegangen ist und ich bestreite gar nicht, daß Du einer der Hauptinitiatoren warst, daß in der Haratzmüllerstraße unten etwas wesentliches geschehen ist. Du hast ja auch Deine Befriedigung darüber ausgedrückt.

Auf die anderen Dinge einzugehen, Wohnbau, Bund, Wehrmacht, Landesverteidigung usw., das halte ich hier nicht für richtig. Ich will nicht kniefen, das möchte ich sehr eindeutig sagen.

Zum Kollegen Schmidberger möchte ich sagen, daß er sich in einem Irrtum befindet in seiner Auffassung bezüglich der Macht, die er dem Stadtphysikus zuschreibt. Unser Stadtphysikus hat nicht die Vollmacht, sagen wir einen Lehrling auf Erholung zu schicken oder nicht. Er hat lediglich festzustellen, ob er erholungsbedürftig ist und eventuell auch die Dringlichkeit festzulegen. Es wäre also ein Unrecht an unserem Amtsarzt, ich habe es so herausgehört, vielleicht habe ich es mißverstanden.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
FRANZ SCHMIDBERGER:

Ich glaube schon!

STADTRAT FRANZ ENGE:

..... es so zu verstehen, daß der Amtsarzt auf Anruf von Lehrlingshaltern seine Auffassung über die Erholungsbedürftigkeit revidiert. Ich glaube nicht, daß das der Fall ist.

GEMEINDERAT FRANZ SCHMIDBERGER:

Erlauben Sie mir eine Zwischenbemerkung! Ich habe ausdrücklich zum Schluß an die Vertreter der Kammer der gewerblichen Wirtschaft ap-

pelliert, denn sie wären in der Lage mitzuhelfen, daß diese Erholungsaufenthalte der Lehrlinge wirklich durchgeführt werden, wenn sie auf ihre Mitglieder einwirken würden.

STADTRAT FRANZ ENGE:

Es gibt eine Reihe von Institutionen, die sich ja mit Lehrlingsfürsorge befassen.

Der Kollege Watzenböck hat ausgeführt, daß über den Fernsehsender nicht mehr viel zu sagen ist. An und für sich ist die Debatte ja abgeschlossen. Es hat auch der Kollege Schachinger darüber einiges gesagt. Ich kann nur wiederum, ich glaube, ich habe es voriges Jahr auch schon erwähnt, sagen, daß vor einigen Wochen eine Delegation von Gemeindevertretern in Wien im Parlament gewesen ist, um beim Verkehrsminister Probst vorzusprechen, daß er veranlasse - diese Möglichkeit hat er, weil er die technischen Einrichtungen sozusagen überwacht - daß er darauf einwirkt, daß diese Gemeinden auf ihre Kosten einen Fernsehsender erhalten. Minister Probst hat ihnen das ablehnen müssen, weil es derzeit nicht möglich ist. Kollege Watzenböck, Sie haben gemeint, daß die Reihung der Vorhaben, ich nehme an Sie haben den außerordentlichen Haushalt gemeint, rein subjektiv gemacht wurde. Hier kann ich nur eines sagen, wir fassen ja über diese Probleme während des ganzen laufenden Jahres einstimmige Beschlüsse und ich glaube, wir alle zusammen, nicht nur wir als Mehrheitsfraktion, sondern wir alle können im wesentlichen darauf stolz sein, daß wir über die meisten Vorhaben, die wir hier in Steyr durchführen, einer einheitlichen Auffassung sind. Wir sind doch das ganze Jahr in einer engen persönlichen Fühlungnahme, jeder kennt die Wünsche des anderen oder besser gesagt die Wünsche der Fraktionen. Ich glaube - es ist auch der Vorwurf nicht

erhoben worden - daß die Wünsche der Fraktionen, die zu diesem Budget vorgebracht worden sind, soweit es möglich war, auch eingebaut worden sind. Ich glaube es gibt keine sozialistischen Beleuchtungswünsche und es gibt keine ÖVP-Wünsche, die sich besonders auf Straßenstaubfreimachung beziehen, sondern es sind dies Wünsche von uns allen.

Ich möchte jetzt auf den Kollegen Schachinger übergehen. Lieber Kollege Schachinger, erlaube mir diese Anrede. Ich sage es ganz offen, wenn Dir Deine Fraktion Beifall gezollt hätte, ich hätte mit Beifall geklatscht, denn eine Reihe von Dingen, die Du angeführt hast, werde auch ich anführen, nicht um Sie zu wiederholen, sondern um vielleicht den Gleichklang der Wünsche zu unterstreichen. Sie decken sich bei einer Reihe von Dingen. Sie decken sich bei der Frage der Berufsschulen. Ich werde darauf noch zurückkommen. Nur in einem, da ist man eben immer verschiedener Auffassung. Wenn man ein modernes Bild betrachtet, dann glaube ich, gibt es keinen objektiven Betrachter der sagt, das Bild das ist ein Kunstwerk oder es ist keines, sondern es kann nur für den einen etwas künstlerisches bedeuten und für den andern bedeutet es nichts. So ähnlich, es ist ein weit herbeigeholter Vergleich, geht es mir mit der Stadtplatzbeleuchtung. Mir gefällt die Stadtplatzbeleuchtung so wie sie ist und ich würde es wirklich bedauern, wir haben lange darüber diskutiert damals wie wir die Stadtplatzbeleuchtung besprochen haben, ob wir über den ganzen Stadtplatz Drähte spannen sollen um dort starke Lampen anzubringen oder ob wir dem Gepräge unserer Stadt entsprechend diese Laternen, die sicherlich nicht den ganzen Stadtplatz beleuchten, nehmen sollen oder nicht. Wie schon gesagt, sind eben Geschmäcker verschieden.

Der Fremdenverkehr ist auch angeführt worden und es ist ein begreif-

licher Wunsch der Wirtschaft. Unter Wirtschaft verstehe ich nicht nur die Gewerbetreibenden, dazu gehört selbstverständlich auch der Selbständige und Unselbständige. Auch wir möchten langsam an diesem Strom, der hier nach Österreich über den Fremdenverkehr hereinfließt, teilhaben. Sicherlich muß dazu so manches geschehen. Daß unsere Stadt Steyr bei Fremden immer eine ganz besonders liebevolle Anerkennung findet, das wissen alle und ich glaube, das brauchen wir uns selbst nichts einzureden. Ja die Fremden machen uns ja sehr oft sogar auf die Schönheiten unserer Stadt aufmerksam, an denen wir sehr oft achtlos vorbeigehen. Das ist einmal so, dort wo man aufgewachsen ist, dort übersieht man manches. Aber das glaube ich muß man richtig anklingen lassen, der Kern dessen, daß Steyr vom Fremdenverkehr ein wenig durchpulsiert wird, ist die Frage der Ennstalstraße, die langsam aber sicher einer gewissen Vollendung entgegengeht. Aber, und jetzt kommt das große aber, leider nur bis Weyer und das wird für die Durchblutung zu wenig sein. Das ist die große Sorge, die ich habe und Sie wissen alle mitsammen, daß ich einer der Vorkämpfer bin, der jede Möglichkeit benützt um für das Ennstal einzutreten, nicht um politisches Kapital zu schlagen, aus solchen Dingen kann man kein politisches Kapital schlagen, das ist ein Irrtum, sondern aus der echten Auffassung, daß dieses schöne Ennstal eben aufgeschlossen gehört und dadurch auch Fremde zu uns kommen. Jetzt aber setze ich eine arge Kritik ein, die ich schon in der Fraktion gesagt habe und die ich hier wiederhole: Wenn derzeit ein Fremder nach Steyr kommt, so findet er aus Steyr nicht mehr hinaus! Hier wäre eine Regelung notwendig, die man, wenn auch die Ennstalstraße und der Blümelhuberberg noch nicht fertig sind, endlich einmal beginnen sollte.

Diese Bitte würde ich an die Verwaltung richten, daß sie hier wirklich etwas macht. Ich glaube jedem von uns ist es schon einmal passiert, daß er einen Fremden aus der Stadt hinausweisen hat müssen. Ich bin überzeugt, wenn ich ihm auch den Weg angedeutet habe, daß er nicht sehr weit gekommen und wieder angestanden ist. Diese Bitte richte ich wirklich an die Verwaltung, daß hier endlich einmal darangegangen wird. Die Schilder, die derzeit bestehen, die kann ja nicht einmal mehr ein Einheimischer lesen, der ja an und für sich ahnen könnte, was da oben steht. Ein Fremder aber, der im Auto fährt, also gleichzeitig fährt und auf den Verkehr, der in Steyr auch keine Kleinigkeit ist, aufpassen muß, der kann diese Dinge wirklich nicht mehr lesen.

Du hast auch etwas was mich als Referent berührt angeführt und zwar ist das die Mülltonnenangelegenheit. Wir haben hier sehr genaue Erhebungen gepflogen. Sie werden ja ein Teil der Beratungen sein, die im Jänner folgen werden. Die Kostenenerhöhung ist natürlich bei dieser Regelung, bei der die Mülltonnen aus den Häusern herausgeholt werden sollen, die doppelte als normal und darüber hinaus ist noch die Frage, leider muß ich solche Kleinigkeiten auch anführen, die Schwierigkeit die Leute zu finden, die das machen. Also von diesen beiden Fragen wird es abhängen.

Es ist nicht meine Aufgabe, Rundfunk und Fernsehen zu verteidigen. Aber Kollege Schachinger, Du hast angeführt, beide Institutionen haben von dieser schönen, für Steyr bedeutungsvollen Feier des 125-jährigen Bestandes des Musikvereines nicht Kenntnis genommen. Da ist der Fehler natürlich schon wo anders zu suchen. Fernsehen und Rundfunk können es doch nicht ahnen, daß in Steyr so etwas ist, das muß gemeldet werden. Wenn wir, ich habe hier ein wenig Erfahrungen, sagen wir einen Schwimm-

länderkampf durchführen, muß Fernsehen bzw. Rundfunk verständigt werden.

Und nun gestatten Sie mir, daß ich in meine Probleme ganz kurz eingehe. Ich glaube, es ist keine besondere Weisheit, wenn ich sage, daß es unsere Aufgabe ist, die Mittel, die wir haben, so zu verteilen, daß sie allen oder vielen Bevölkerungsschichten zugute kommen. Es ist eine Parallele hergestellt worden zwischen dem Finanzminister an den Forderungen herangetragen werden und zwischen Vizebürgermeister Schanovsky. Also Du kannst Dir etwas einbilden darauf! Aber es ist doch ein gewaltiger Unterschied. Unser Finanzreferent hat im wesentlichen keine Möglichkeit seine Einnahmen auf irgendwelche Art zu steigern. Das will ich außer allen Dingen lassen. Wir müssen uns in den Rahmen fügen, der uns zur Verfügung steht.

Über den Finanzausgleich, dem Steckenpferd des Kollegen Moser ist viel gesagt worden. Na, wem paßt der Finanzausgleich schon? Nur ist eines dazu noch zu sagen, das ist meine persönliche Ansicht: Ich glaube, wenn der Finanzausgleich heute vollständig aus der Welt geschafft werden würde, daß sich manche Gemeinden dagegen wehren würden. Derzeit haben wir als Steyrer keinen Gewinn aus dem Finanzausgleich, aber es könnte eine Situation entstehen, wo wir aus dem Finanzausgleich auch einen Nutzen ziehen könnten. Das muß sehr eindeutig gesagt werden. Aber wir haben ja nicht nur diese Zahlungen zu leisten, wir haben ja auch einen Polizeikostenbeitrag zu leisten. Wer leistet denn diesen gern? Ich glaube der beträgt 2,3 Millionen Schilling.

ZWISCHENRUF STADTRAT BAUMANN:

Der Gustl hat darauf vergessen!
(Allgemeines Gelächter)

STADTRAT FRANZ ENGE:

Hast Du das vergessen? Aber bitte, ich habe ja noch etwas zu sagen dazu. Wir zahlen 2,3 Millionen Schilling für die Polizei. Nun ich weiß eine Zeit, da hat die Stadtgemeinde die Polizei erhalten müssen und wenn ich mir so vorstelle, was die Polizei uns heute kosten würde, dann bin ich doch sehr zufrieden, wenn wir nur diesen Beitrag zu bezahlen haben. Und noch etwas: Wir haben auch einen Krankenhauserhaltungsbeitrag zu bezahlen. Der macht auch 2,1 Millionen Schilling aus. Nun hier haben wir großes Glück. Der ehemalige Bürgermeister Sichelrader, sein Bild hängt dort an der Wand, hat es verstanden, unser Krankenhaus an das Land zu verkaufen und wenn man die Jammerei der krankenhauserhaltenden Gemeinden im Parlament hört, dann kann man ihm nur größte Dankbarkeit zollen, daß ihm das damals gelungen ist. Daneben hängt auch noch ein Bild und zwar das des Bürgermeisters, wie hat er schnell geheißt, Walk. Ich habe gehört, ich weiß nicht, gehört es einer Anekdote an oder ist es wahr, er soll bereits daran gewesen sein, unsere drei Brücken zu verkaufen. Aber dazu ist er nicht mehr gekommen. Dafür wäre ich ihm auch dankbar gewesen. Das muß ich sehr eindeutig sagen. (Allgemeines Gelächter).

Und nun zu einigen anderen Kapiteln:

Gruppe 6.

Ich glaube das betrifft vorwiegend den Straßenverkehr, die Straßensicherheit usw. Wir geben dafür sehr viel Mittel aus und nun möchte ich vor einem warnen, wir sollen uns doch nicht nur von diesem zeitgebundenen Phänomen fangen lassen, daß der Straßenverkehr das Problem Nr. 1 ist. Ich werde Ihnen dann ein Problem, wirklich Nr. 1 meiner Auffassung nach, sagen. Auch der Kollege Schachinger hat es anklagen lassen. Wir gehen hier sehr weit-

gehend konform.

Wir hören viel von Umfahrungsprojekten, die Millionen von Schilling kosten. Sie werden notwendig sein und es ist notwendig, daß sie geplant werden. Ich habe auch Verständnis dafür, daß Architekten und Ingenieure große Projekte lieber haben als Flickwerk und jetzt komme ich darauf zu sprechen, wo Kollege Moser mich apostrophiert hat. Ich weiß in Steyr hunderte kleine Ecken, wenn die weg wären, wäre sehr viel geschehen. Und hier meine zweite Bitte an die Verwaltung, sich diese Ecken einmal richtig anzuschauen. Nachdem die anderen Redner so vernünftig waren, sich verhältnismäßig kurz zu halten, fühle auch ich mich verpflichtet, Ihnen diese hundert Ecken nicht aufzuzählen. Die meisten von Ihnen werden sie ja sicherlich kennen. Solche Korrekturen an Straßenengen und Straßenecken würden auch so manche Erleichterung in unserer Stadt bringen.

Nun aber auch ein Wort zum Stadtplatz:

Auch die Stadtplatzregelung hat sich zu keinem politischen Streit entwickelt und das ist gut so. Ich kann mir nämlich auch nicht vorstellen, daß es eine rote Stadtplatzplanung gibt und eine schwarze, eine dunkelrote und eine blaue usw., sondern wir alle zusammen haben die Devise, daß wir gewillt sind das Beste zu tun. Ich möchte einen Gedanken hineinwerfen, ich bin der Auffassung - die Anregung dazu, nicht das was ich jetzt sage, aber den Stupser zu dieser meiner Auffassung hat mir auch der Kollege Schachinger gegeben - wenn eine Regelung geschieht, es ist ein hartes Wort das ich sage, sollen so wenig Parkplätze als möglich am Stadtplatz geschaffen werden. Es ist etwas furchtbares, wenn man in einer fremden Stadt ist und der ganze Stadtplatz glänzt nur von den Dächern der Autos, was anderes hat gar nicht mehr Platz. Ich denke

dabei an Linz. Der Linzer Stadtplatz ist nur mehr ein reiner Parkplatz, wo man zwar auch keinen Platz findet, aber Stadtplatz ist er keiner mehr. Ich bitte Sie, das müssen wir in Steyr vermeiden. Darf ich jetzt noch etwas dazu sagen, was vielleicht auch eine kleine Entrüstung hervorrufen könnte, aber es ist meine persönliche Ansicht. Wir haben am Ennskai für hunderte Fahrzeuge Parkmöglichkeiten geschaffen und vom Kai zum Stadtplatz ist es wirklich nicht weit. Das kann man auch einem Autofahrer meiner Ansicht nach zumuten. Wer einmal im Ausland gewesen ist, in der Schweiz usw., der weiß, wo er sein Auto parken muß und wie lange er gehen muß, um in den alten Teil der Stadt zu kommen. Ich könnte mir darüber hinaus vorstellen - bitte keine Entrüstungsrufe - daß man einen Teil der Promenade für Parkplätze verwendet. Denn da oben ist meiner Meinung sehr sehr viel Grünfläche und Erholungsfläche und es täte, glaube ich, unserem Standpunkt, daß wir Grün und unserer Stadt das Stadtbild erhalten wollen, keinen Abbruch, wenn wir dort ein bißchen etwas, ein paar Meter einer Grünfläche wegnehmen, um auch dort für hunderte von Autos Platz zu schaffen. Dann möchte ich einen Fremden fragen, ob es eine Stadt dieser Größenordnung gibt in der er so schön parken kann und einen so kurzen Weg in das Zentrum der Stadt hat. Das als Beitrag zu einer zukünftigen Diskussion über die Parkplatzregelung.

Wir stehen vor großen Aufgaben, nicht nur in diesem Jahr, sondern auch für die Zukunft. Ich glaube, Sie können sich alle noch an unsere Brückenmiseren erinnern. Ich glaube die sind jetzt 3 oder 4 Jahre hinter uns. Erinnern Sie sich daran, daß an und für sich die Garantie für 10 Jahre gegeben worden ist. Wie lange wird es dauern, daß wir uns darüber wieder die Köpfe werden zerbrechen müssen, was geschehen soll.

Auch hier eine persönliche Bemerkung: Ich weiß nicht, ob Sie den Vortrag des Optikers Fenzl beim Verschönerungsverein gehört haben. Er hat da verschiedene Menschen, die im öffentlichen Leben stehen gefragt, was ihnen in Steyr am besten gefällt, was ihnen nicht gefällt. Da war er auch bei mir und hat mich gefragt, was mir am besten gefällt. Da habe ich gesagt, ich bin ein Globalmensch, ich beurteile und sehe immer das Ganze, ich gehe nicht so ins Detail. Für mich ist das Schönste an Steyr, wenn ich am Tabor oben stehe und auf unsere Stadt schaue. Das ist für mich das Schönste von Steyr. Na und was mir am schlechtesten gefällt, da habe ich ihm gesagt, die drei Eisenbrücken, die Steyrbrücke, die Ennsbrücke und die Neutorbrücke. - Wir werden uns langsam damit vertraut machen müssen, daß sie nicht nur, weil die Brücken baufällig werden, sondern weil sie unsere Stadt - verzeihen Sie mir den Ausdruck - verschandeln, einmal verschwinden sollen. Hier wäre ich der Auffassung, wenn es so weit ist, würde ich sagen, Herr Finanzreferent, machen wir Schulden. Ich sehe nicht ein, daß alles wir oder alles unsere Generation tragen soll, ich glaube, darüber sind wir uns alle mitsammen im klaren, daß wir auch denen hinter uns ein bißchen etwas hinterlassen sollen und wahrscheinlich müssen.

Jetzt komme ich zu meinem eigentlichen Stecknagel, auch ganz kurz, sehr geehrte Gemeinderäte: Wir stehen vor der Tatsache, daß das 9. Schuljahr bereits eingeführt ist und es ist die Aufgabe der Gemeinden, den entsprechenden Schulraum zur Verfügung zu stellen. Ich vertrete hier die harte Auffassung, daß das unser Programm Nr. 1 sein muß. Auch wenn es in manchen Straßen dunkel bleibt, auch wenn es in manchen Straßen noch etwas staubt. Dieses Problem müssen wir gemeinsam lösen. Die Kinder unserer Stadt müssen in den besten und

schönsten Schulen aufwachsen können. Und noch ein offenes Wort, Kollege Schachinger hat es auch anklingen lassen: Ich weiß, Handelsschule, Handelsakademie und Realgymnasium, das ist Bundesangelegenheit. Der Bund hat zu sorgen, daß diese Anstalten entsprechend entstehen, hergerichtet werden und daß sie räumlich genügen. Ich weiß, daß die Berufsschulen Angelegenheiten des Landes sind. Aber ich weiß genau so gut, daß, wenn wir hier nicht initiativ werden, wir auf all diesen Gebieten durchfallen. Das ist das einzige was da zu sagen ist. Sicherlich als Gemeindevertreter haben wir vorallem Lokalinteressen zu vertreten. Es ist im innersten Winkel des Herzens nicht einzusehen, daß wir den Grund beistellen sollen für ein Realgymnasium, das dem Bund zusteht. Es wird aber in Steyr kein Realgymnasium entstehen, wenn wir nicht den Grund zur Verfügung stellen. Darüber müssen wir uns im klaren sein und ich glaube, wir Eltern sind interessiert, daß unsere Kinder in eine höhere Schule gehen können. Ich hätte einige Bedingungen daran zu knüpfen, nämlich welchen Realschultyp ich hier sehen möchte. Aber das lasse ich jetzt außer Spiel. Dasselbe gilt für die Handelsschule, für die Handelsakademie und dasselbe gilt auch für die Berufsschule. Ich möchte mit den anderen Fraktionskollegen den einheitlichen Willen bekunden, daß wir der Auffassung sind, daß alles getan werden muß, um so viele Schulen als nur möglich in Steyr zu etablieren und der Finanzreferent hat gesagt, auch wenn es auf Kosten sehr dringender Aufgaben geht. Ich glaube, mich hier mit Ihnen einer Meinung.

Darf ich noch etwas zu den Pflichtschulen sagen: Es ist bekannt, daß in Steyr neue Stadtteile auf dem Tabbor und der Ennsleite entstanden sind; es ist aber auch bekannt, daß einige Stadtteile vergreisen, das heißt, es le-

ben nur mehr alte Leute dort. Kinder wohnen keine oder nur mehr wenige dort, und die Schulen sind daher unterbelegt. Da erhebt sich die Frage, was ist rentabler, dort einige alte Häuser niederzureißen, um neue aufbauen zu können und damit die Schule wieder aufzufüllen oder in den neuen Gebieten wieder neue Schulen zu bauen? - Eine Überlegung, die ich zu bedenken gebe. Wir tun manches für unsere Kinder in unserer Stadt glaube ich, nicht nur durch den Bau von Schulen. Die Einführung, die getroffen worden ist, daß wir unsere Kinder durch die Stadt führen, ist nicht Wahlpropaganda, sondern die Kinder sollen unsere Stadt sehen, sie sollen sie kennen lernen. Hier in diesem Raum sitzen sie dann und fragen die Stadtfunktionäre, zumeist ist es der Bürgermeister, um die verschiedensten Aufgaben der Gemeinde, die sie interessieren. Das ist lebendiger Bürgerkundeunterricht. Sie wissen ja alle, daß die Kinder auch in das Gericht geführt werden, wo sie die Einrichtungen der Justiz und des Rechts kennen lernen. Ich glaube, das ist eine sehr sehr gute Einrichtung. Und der Schlußpunkt - Schlußpunkt kann man eigentlich nicht sagen, denn es wird uns sicherlich noch manches einfallen, was wir in Zukunft noch machen wollen für unsere Kinder und unsere Jugend, - war, sie waren ja alle dabei, daß wir einen Verkehrsgarten eröffnet haben, der dazu beiträgt, die Kinder für den Verkehr in den Straßen vorzubereiten, sie mit den verschiedensten Verkehrszeichen bekannt zu machen, sie eben das zu lehren, was notwendig ist, um sich auf der Straße richtig und ohne Gefahr bewegen zu können.

Einige Worte zur Kulturpflege: Ich glaube, sehr geehrte Freunde, daß es nicht viele Städte gibt, die ein so breites kulturelles Leben entfalten wie unsere Stadt. Das hat seinen Höhepunkt, seinen äußeren Höhepunkt in der 125 Jahrfeier des Musik-

vereines gefunden und wenn man die Kulturamtsplakate liest, dann sieht man, daß jede Woche eine oder mehrere kulturelle Veranstaltungen für die Bevölkerung Steyrs geboten werden. Ich glaube kaum, daß es eine Stadt in Österreich gibt, die mit so geringen Mitteln es ermöglicht, daß 900 Menschen jede Woche eine Theateraufführung sehen und miterleben können. Ich glaube, eines noch hinzufügen zu können: Wir haben heuer alle mit-sammen eine kulturelle Hochtat gesetzt, als wir die Zentralbücherei eröffnet haben und soviel ich weiß, Kollege Radinger, Du bist ja der Referent, sind es jetzt über 2 000 Leser, die diese Bücherei besuchen.

STADTRAT PROF. STEFAN RADINGER:

2 100 sogar schon!

STADTRAT FRANZ ENGE:

Es ist eines interessant: Bevor diese Bücherei entstanden ist, haben wir im kleineren und größeren Kreis diskutiert, welche Form die Bibliothek haben soll, ob sie eine Ausgabe-stelle sein soll oder eine Freihand-bücherei, wie wir sie dann auch eingeführt haben. Ich muß sagen, diese Freihandbücherei hat sich vorzüglich bewährt. Trotzdem jeder in den Büchern herumsuchen kann, sind noch keine abhanden gekommen. Sicher wird sich durch eine Inventur einmal das echte Ergebnis herausstellen. Aber es ist hier absolut noch nichts unangenehmes aufgefallen. Einen Wunsch aber möchte ich vorbringen. Er ist nicht neu und ist Ihnen bekannt: Vielleicht könnten wir doch irgendwo etwas abzwacken, daß die an diese Bibliothek anschließenden Räume adaptiert werden und dort dann unsere Alten hingehen können, um Zeitschriften zu lesen, sich zu unterhalten, mit einem Wort, daß sie

ein Zentrum haben, wo sie zusammenkommen können. Ich sage es noch einmal, der Gedanke ist nicht neu und stammt auch nicht von mir. Ich möchte ihn nur in Erinnerung rufen.

Wir haben heuer eine Reihe größerer Grundkäufe getätigt und es wurde von mehreren Kollegen die Frage von Betriebsgründungen angeschnitten. Wir haben, Sie wissen welches Grundstück ich meine, heuer ein sehr großes Grundstück gekauft und ich richte auch hier an die Verwaltung, an den Bürgermeister, das Ersuchen, dringend dahin zu wirken, daß dieses Grundstück auch aufgeschlossen wird und sich dort Betriebe sesshaft machen können. Nur soll sich niemand der Täuschung hingeben, daß, wenn Grün-de vorhanden sind, sich die Betriebe in Steyr anstellen werden, damit sie ihren Betrieb gründen dürfen. Ich sehe das von einer anderen Seite. Es sind eine Reihe von Betrieben in Steyr, die räumlich zu beengt sind, das heißt, die sich vergrößern möchten. Hier sehe ich die weitaus größere Möglichkeit, als daß Fremde zu uns kommen könnten.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Das habe ich ja gemeint, Herr Kollege, die Erweiterung vor allem!

STADTRAT FRANZ ENGE:

Die Erweiterung, ganz richtig! Der außerordentliche Haushalt, in dem ja nur das Notwendigste angedeutet ist, ist nicht voll gedeckt, aber ich bin voll des Optimismus. Wir haben ja vorher den Nachtragsvorschlag für das Jahr 1963 beschlossen. Dieser gäbe eigentlich zu einem Optimismus auch für das nächste Jahr Platz und ich hoffe, daß wir auch eine Reihe dieser Vorhaben, die im außerordentlichen Haushalt enthalten sind, durchführen können. Die Dringlichkeit,

die Reihenfolge, die werden wir alle mitsammen eben festzulegen haben und werden uns dabei der Verantwortung nicht entziehen können, ob die Maßnahmen populär oder unpopulär sind.

Darf ich abschließend sagen: Ich freue mich darüber - ich habe voriges Jahr das Gleiche gesagt - ich freue mich darüber, daß wir im Jahre 1963 die meisten Beschlüsse einstimmig fassen konnten. Das ist ein Beweis dafür, daß alle mitsammen die Notwendigkeit erkannt haben. Es ist ja auch kein unbilliger Vorschlag vorgelegt worden.

Abschließend möchte ich wie immer, so wie meine Vorredner alle, den Beamten und Bediensteten des Magistrates, Ihnen meine sehr geehrten Damen und Herren, die besten Glückwünsche zu den Feiertagen im Namen der sozialistischen Fraktion übermitteln, möchte - jetzt kommt genau dasselbe wieder, Kollege Moser - aber auch ein erfolgreiches neues Jahr wünschen, eingeschränkt auf persönliche Erfolge!

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Engherzig!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte Herr Gemeinderat Watzenböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Darf ich noch einmal kurz auf ein spezielles Problem eingehen und zwar auf die Stadtplatzgestaltung. Der Stadtplatz soll aus ästhetischen Gründen nicht voll gepflöpft sein mit Kraftfahrzeugen wurde gerade ausgeführt. Dies ist vollständig richtig und meiner

Ansicht nach kann das am besten erreicht werden durch Wegbringen der Dauerparker vom Platz. Die Möglichkeiten sind aufgezeigt worden - Ennskaal, Promenade usw. Der Stadtplatz ist nun einmal ein Geschäftszentrum mit vielen Geschäftslokalen, darunter mit Geschäften, die für das Gewerbe sehr wichtig sind wie Eisenhandlungen usw. Der Platz wird sehr viel gebraucht zur Anlieferung von Gütern zu diesen Geschäften und zur Abholung von Gütern, für Wege zu den Geldinstituten, deren es einschließlic derer in der Enge vier gibt, dann zum Abholen und Aufgeben von Gütern bei der Post. Dazu kommen dann noch die verschiedenen wirtschaftsnotwendigen Wege zu den Ämtern und Behörden wie Rathaus, Finanzamt usw. Diese Fahrzeuge benötigen zur Abwicklung dieser Tätigkeiten erfahrungsgemäß nur ganz geringe Zeitspannen und ich getraue mir zu behaupten, daß eine Parkzeitbeschränkung auf 20 Minuten oder vielleicht sogar weniger, ausreichen würde, diesen wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Ich bin ganz sicher, daß bei Durchführung dieser Maßnahmen - man möge sie bald treffen - der Stadtplatz sehr stark entlastet sein würde und verhältnismäßig wenig Fahrzeuge abgestellt sein würden.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke, Herr Kollege Hochmayr bitte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Darf ich als Baureferent vielleicht auch einige Hinweise geben. So sehr die Wünsche bezüglich der Verbesserung der Straßen, der Beleuchtung, der Gehsteige usw. berechtigt sind, darf ich Ihnen doch sagen, daß es

nicht nur eine finanzielle Angelegenheit ist, sondern auch eine arbeitsmäßige. Es ist vielleicht ganz interessant, einmal aufzuzeigen, wieviel Bauten von 1945 bis jetzt durchgeführt wurden. Ich erinnere daran, daß Steyr 4 160 Wohnhäuser hat und in der Zeit von 1919 bis 1944 eine Bautätigkeit von 1 300 Wohnhäusern aufzuweisen hatte. Ab 1945 und das Jahr kann man wahrlich noch nicht zählen, auch 1946 noch nicht, bis zum Jahre 1962 wurden in Steyr 1 100 Wohnhäuser errichtet. Meine Sehrverehrten, wenn man diese Arbeitsleistung bedenkt, die die Bediensteten des Bauamtes bewältigt haben, dann kann man sich wohl auch vorstellen, daß alles auf einmal halt nicht zu verkraften ist. Bitte wir werden eines tun müssen: Wir werden zweifellos eine verstärkte Planung einsetzen müssen. Nicht umsonst wird es im Bauausschuß des Städtebundes besonders gelehrt, auf diesem Sektor mehr als bisher zu tun. Die Stadtentwicklung, der Städtebau, ist ein besonderes Thema über das man sich Tage lang unterhalten könnte. Sehen Sie, wenn ich da an den Antrag des Kollegen Moser, an die Gefährdung der Arbeiter der Steyrwerke denke, die täglich über den Arbeiterberg gehen müssen, eine Straßenenge, wo der Mann nicht ausweichen kann, so ist es richtig, daß da etwas geschehen muß. Sie sehen wie wohlthuend es bereits ist, daß die Verkehrsfälle möchte ich fast sagen gegenüber der Schwacher Bierhalle beseitigt ist. Genau so wie Kollege Enge aufgezeigt hat, daß wir uns um diese Ecken werden kümmern müssen im verstärkten Ausmaß, genau so notwendig ist es, daß wir doch die Umfahrung ebenfalls im größeren Ausmaß planen. Das wird viel Geld kosten. Aber auf dem Bausektor und ich darf hier nochmals den Bediensteten des Bauamtes für ihre Leistungen danken, ist wahrlich geschehen was möglich war!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke! Bitte Herr Kollege Schachinger!

STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

Bitte eine ganz kurze Bemerkung noch zu den Erholungsaufenthalten der Lehrlinge: Ich glaube Gemeinderat Schmidberger hat gemeint, daß den Jugendlichen vom Gesundheitsamt ein Erholungsurlaub vorgeschrieben wird und es nun die schlimmen Geschäftsleute sind, die sofort alles unternehmen, um diesen Urlaub nicht gewähren zu müssen. Kollege Schmidberger hat ja gesagt, er wendet sich diesbezüglich an die Kammer. Ich will diesen langen Amtsweg vermeiden und da ich ja selbst Angehöriger der Kammer bin, hier gleich darauf antworten. Es gibt natürlich überall zwei Seiten. Die Jugendlichen sind hoch erfreut, wenn sie einen zusätzlichen Urlaub bekommen. Stellen Sie sich aber den kleinen Geschäftsmann vor, der vielleicht nur einen Lehrling oder eine Angestellte hat, dieser Lehrling vielleicht erst zwei, drei Monate bei ihm ist oder gerade erst den ihm zustehenden Urlaub von einem Monat hinter sich hat, wenn dann die Karte eintrifft auf der steht, daß sich der Jugendliche abso und sovielen in einem Heim einzufinden hat. Daß es hier Konflikte gibt, Termschwierigkeiten, daß vielleicht die Angestellte zu dieser Zeit auf Urlaub ist, jemand erkrankt ist, daß dieser Erholungsurlaub in eine Zeit hineinfällt, in der ein gewisser Hochbetrieb im Geschäft ist, wird ja nicht recht bedacht. Ich glaube wir können dieser Schwierigkeit am besten dadurch aus dem Weg gehen, daß man auch mit dem Amt, das die Erholungsurlaube vorschreibt, eine gewisse Koordinierung herbeiführt, daß es möglich ist, dem Geschäftsmann einen entsprechenden Vorschlag zu machen, damit er nicht vor vollendete Tatsa-

chen gestellt wird und dann vielleicht allein in seinem Laden steht. Bitte, das in diesem Sinne beantwortet zu wissen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke, Herr Kollege Moser bitte!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich wollte nur sagen, wenn schon darüber diskutiert wird, daß auf der Promenade Parkflächen errichtet werden sollen, so gebe ich zu bedenken, daß wir in Steyr nicht sehr reich mit Grünflächen gesegnet sind. Die einzigen Erholungsflächen sind der Schloßpark und die Promenade und die soll man nicht, wenn dort schon nicht eine Verkehrsstraße vorbeiläuft, durch Parkplätze zu Verkehrsstraßen machen. Das ist meine Auffassung. Aber bitte, das wird ja heute nicht entschieden, sondern darüber wird ja noch weiter diskutiert. Ich unterstreiche die Meinung des Kollegen Enge, wenn er sagt, nicht nur großer Straßenbau, denn es gibt viele wirklich lebensgefährliche Engpässe noch in unseren Straßen. Einer davon, in dem ich unlängst selbst bald das Opfer geworden wäre, ist beim Café Pfefferl in der Sierninger Straße. Also da muß schon eine Entschärfung durchgeführt werden. Ich lenke nur die Aufmerksamkeit darauf hin.

Ich bekenne mich zur Auffassung von Kollegen Enge bezüglich der Stadtplatzbeleuchtung. Man hat damals wirklich viel hin und her geraten und beraten. Der Stadtplatz ist doch mehr ein mittelalterliches Stück Stadtbild, zu dem glaube ich, die heutige Beleuchtung doch ziemlich gut paßt. Wenn ein Wagen über den Stadtplatz fährt, so hat er ja seinen Scheinwerfer. Zumindest mit dem Stadtlcht sieht er schon ge-

nug. Das sind natürlich verschiedene Auffassungen worüber sich immer streiten läßt und ich muß sagen, mir gefällt auch die jetzige Beleuchtung außerordentlich gut.

Was der Kollege Enge noch gesagt hat bezüglich des Finanzausgleiches, so meine ich natürlich, daß ich nicht grundsätzlich gegen den Finanzausgleich, sondern nur für einen gerechten Finanzausgleich bin, der den Gemeinden mehr gibt als er bisher gab. Sparen sollen sie wo anders. -

Ich habe noch einmal nachgesehen in der Gemeindezeitung. Du hast wahrscheinlich gemeint das Finanzausgleichsgesetz wird verlängert. Das stimmt, aber ausgenommen davon ist das Notopfer für 1963. Ich habe da noch einmal nachgesehen. 1961

Dann möchte ich hinzufügen - erfreulicherweise wurde die Polizei vom Kollegen Enge heute angeschnitten - daß wir unsere Zustimmung für das Budget natürlich ohne Polizeietat geben.

(Allgemeines Gelächter).

Ich habe ja nicht verlangt, Kollege Enge, so wie Du das herausgebracht hast, daß die Polizei kommunalisiert werden solle. Das habe ich ja nicht verlangt, sondern wie ich immer gesagt habe, das sind Bundesangestellte und der Bund soll sie bezahlen. Das gehört zum Finanzausgleich, ein Stück davon, mit dem man die Gemeinde entlasten kann.

Ich will nicht hinzufügen, was ich noch an Wünschen vergessen habe. Sie werden ja ohnehin nicht durchgeführt. Dafür haben wir ja einen außerordentlichen Haushalt.

Ich möchte aber noch folgendes sagen: ein Stück Unhöflichkeit meinerseits möchte ich selbstkritisch feststellen. Alle Fraktionen haben, so wie der Kollege Enge gesagt hat, dem Herrn Bürgermeister, dem Gemeinderat sowie den Angestellten der Gemeinde, ein gutes neues Jahr gewun-

schen und da ist geflüstert worden "Du nicht!"
(Allgemeines Gelächter).

Selbstverständlich, sehr geehrter Gemeinderat, gelten auch von unserer Fraktion die Glückwünsche für ein gutes neues Jahr dem Bürgermeister, dem gesamten Gemeinderat und allen Angestellten der Gemeinde!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Dankeschön! Liegt noch eine Wortmeldung vor? Das ist nicht der Fall und somit hat das Schlußwort der Berichterstatter, Kollege Schanovsky.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ihre Fraktionssprecher haben in einer umfangreichen Diskussion eine Reihe kleiner Wünsche zur Erleichterung und Verbesserung des Lebens der Bevölkerung dieser Stadt vorgebracht, aber auch Projekte angeführt, die großer finanzieller Aufwendungen bedürfen. Vor allem leuchtet der Bau einer Pflichtschule hervor. Weiters haben Sie den Bau einer Stadthalle und einer Markthalle in Erwägung gezogen. Ein Hallenbad schwebt Ihnen vor. Der Brückenbau ist bestimmt notwendig. Umfahrungenstraßen sollen unseren Verkehr erleichtern und nicht zuletzt sind für die Bevölkerung die Gehsteige wirklich als erwähnenswert und vordringlich herausgestellt worden. Alles zusammen aber kostet Unsummen und ich glaube, ausgenommen die kleinen Wünsche, kann nur eines nach dem andern bewältigt werden. Vielleicht ginge es schneller, wenn Sie die bisherige Finanzpolitik geändert wissen wollen. Es ist eine Ansprache an mich gewesen, doch ein-

mal vielleicht sich zu überlegen, Kredite aufzunehmen. Dann kann das Budget ausgeweitet werden, richtig! Ich sage Ihnen aber, Kredite müssen nicht nur zurückgezahlt werden. Von unserer Generation allein wird es nicht möglich sein, sondern wir müssen sie auf weitere Generationen ausdehnen. Die Kredite aber kosten auch Zinsen und die haben wir zu bezahlen und in unserem Budget ist eben ein Betrag für Zinsen, glaube ich, nur in bescheidenem Ausmaß möglich, denn sonst könnte es sein wie in anderen Städten, die zu ihrer Aufsichtsbehörde oder zum Finanzminister gehen müssen - "bitte subventionieren Sie mich, damit ich die Zinsen bezahlen kann", noch gar nicht davon zu reden, den aufgenommenen Kredit zurückzuzahlen. Ich glaube wir haben noch Zeit genug, uns darüber zu unterhalten, bis die Zeit kommt, da es unbedingt notwendig ist. Jedenfalls in der abgelaufenen Zeit haben wir die Fundamente für das Schuldenmachen geschaffen. Es bleibt Ihnen überlassen, den Zeitpunkt zu bestimmen, wenn er eintreten soll.

Ich habe mich nur noch bei Ihnen für die verständnisvolle Einsicht, die Sie durch die Bekanntgabe Ihrer Zustimmung zum Budget zum Ausdruck gebracht haben, zu bedanken und ich freue mich darüber. Ich selbst glaube aber, Ihnen aus wirklichem Verantwortungsbewußtsein das Beste vorschlagen zu haben und ich möchte nur noch den Wunsch aussprechen, es soll nur immer so bleiben!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. - Verehrte Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Berichterstatters. Wer dem Antrag des Berichterstatters, dem Haushaltsvoranschlag für 1964 in der vorgetragenen Form seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zei-

chen mit der Hand. Danke. Darf ich um die Gegenprobe bitten? Danke, Es liegt keine Gegenstimme vor und somit ist der Haushaltsvoranschlag 1964 einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zum Personal-

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Im Verwaltungsausschuß der Sparkasse in Steyr sind einige Verwaltungsausschußmitglieder ausgeschieden und es hat daher eine Ergänzung stattzufinden.

Der diesbezügliche Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses lautet:

3) Spa-6688/1963

Ergänzung des Sparkassen-Verwaltungsausschusses.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Zur Ergänzung des Sparkassen-Verwaltungsausschusses werden von der Gemeinde Steyr folgende Personen entsendet:

- 1) Alfred Schmidt, Geschäftsmann, Steyr, Leharstraße 9;
- 2) Ing. Leopold Steinbrecher, Pensionist, Steyr, Unterwaldstraße 8;
- 3) Hermann Stieglmayr, Kaufmann, Steyr, Haratzmüllerstraße 14;
- 4) Ludwig Wabitsch, Pensionist, Steyr, Promenade 12;
- 5) Dir. Hans Zeitlhofer, Steyr, Volksstraße 5;
- 6) Friedrich Steinhuber, Taschnermeister, Steyr, Mittlere Gasse 1;

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Es ist das nicht der Fall und ich darf somit Ihre Zustimmung zur Entsendung der vorgeschlagenen Personen annehmen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Auf Empfehlung der Landesregierung, unseren Beschäftigten eine einmalige Familienbeihilfe zu gewähren, liegt als weiterer Tagesordnungspunkt folgender Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses vor:

4a) PräS-544/1963

Gewährung einer einmaligen Familienbeihilfe für das Jahr 1963.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Den im Bezug von Kinderzulagen stehenden Bediensteten des Magistrates wird für das Jahr 1963 eine einmalige Familienbeihilfe in folgenden Höhen bewilligt:

bei einer Anzahl von Kindern	Höhe der Beihilfe
1	S 180,--
2	S 420,--
3	S 720,--
4	S 1 080,--
5	S 1 500,--
6	S 1 980,--
7	S 2 520,--
8	S 3 120,--
9	S 3 780,--
10	S 4 500,--

Die Beihilfe ist im Dezember 1963 auszuzahlen.

Für die Bemessung der Beihilfe ist der Stand an Kinderzulage am 1. 12. 1963 zugrunde zulegen. Teilbeschäftigte erhalten die Beihilfe aliquot.

Die anfallende Lohnsteuer wird vom Magistrate übernommen. Für diesen Zweck wird ein Betrag von S 60 000 bei Sp 07 freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe von S 10 000,-- bei derselben Haushaltsstelle bewilligt. Die Deckung für diese Ausgabe erfolgt durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln.

Es liegt noch ein weiterer Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses vor, welcher lautet:

4b) Präs-538/1963

Gewährung einer einmaligen Zuwendung an Magistratsbedienstete.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Bürgermeister wird ermächtigt, für im Jahre 1963 erfolgte besondere Dienstleistungen an in Betracht kommende Magistratsbedienstete einmalige Vergütungen im Gesamtausmaß von

S 70 000, --

(Schilling siebzigtausend) zu zahlen.

Der Betrag ist aus Sp07 zu nehmen und wird als überplanmäßige Ausgabe bewilligt. Die Deckung für diese Ausgabe erfolgt durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu den beiden Anträgen das Wort? Es ist dies nicht der Fall und ich darf somit auch hier Ihre Zustimmung annehmen. Bitte, der nächste Berichterstatter, Herr Vizebürgermeister Hochmayr!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Das Gelände für die Eigentumswohnanlage am Tabor bzw. in Taschelfried soll kanalisiert werden und der Stadtssenat stellt daher folgenden Antrag:

5) Bau 6-4210/1962

Herstellung eines Kanales am Tabor.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Zum Zwecke der Herstellung der Kanalisierung (ca. 230 lfm) für die Eigentumswohnanlage am Tabor wird der Betrag von

S 133 000, --

(Schilling einhundertdreißigdreitausend) bei VP 713-91 oH freigegeben.

Die entsprechenden Arbeiten sind der Baufirma Adami zum Anbotspreis von S 133 000, -- zu übertragen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie das Wort dazu? Dies ist nicht der Fall und ich darf daher Ihr Einverständnis feststellen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Als Ergänzung zum Asphaltierungsprogramm darf ich Ihnen vorher noch sagen, daß die Stadtgemeinde Steyr 112 km Straßen zu erhalten hat und mit dem Asphaltierungsprogramm 1963 bereits 85 % unserer Straßen staubfrei sind. Ich glaube, das ist ein sehr, sehr schönes Ergebnis.

Das Straßenasphaltierungsprogramm 1963 - I. und II. Teil - erfordert die Gesamtsumme von 970 000 Schilling.

Die diesbezüglichen Anträge des Stadtssenates lauten:

6) Bau 3-3830/1963

Asphaltierungsprogramm 1963 - Fremdvergaben.

a) I. Teil.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die Bürgermeisterverfügung vom 17. 9. 1963, womit wegen Dringlichkeit nachstehendes verfügt wurde, wird nachträglich genehmigt:

"Zum Zwecke der Durchführung eines Teiles der Arbeiten des Asphaltierungsprogrammes 1963 (Fremdvergabe) wird der Betrag von

S 570 000, --

(Schilling fünfhundertsiebzigttausend) bei VP 664-52 oH freigegeben.

Mit der Durchführung der im Leistungsverzeichnis der MA III vom

3.9.1963 angeführten Asphaltierungsarbeiten wird die Firma Zwettler, Steyr, zum Anbotpreis von S 520 831,75 beauftragt.

Nach dem Leistungsverzeichnis erfolgen Asphaltierungen in folgenden Straßen und Wegen:

Leitenweg
Roseneggerstraße
Sterninger Straße (Krankenhaus)
Seifentruhe
Katzenwaldgasse
Neustiftstraße
Saturnweg
Feldstraße
Hochstraße
Ramingsteg
Gehsteige:
Damberggasse
Pachergasse
Wehrgrabengasse
Industriestraße

b) II. Teil.

Zur Durchführung eines Teiles des Asphaltierungsprogrammes 1963 (Fremdvergaben II. Teil) wird der Betrag von

S 400 000, --

(Schilling vierhunderttausend)

als überplanmäßige Ausgabe bei VP 664-52 oH bewilligt. Die Deckung für diese Ausgabe ist aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu nehmen.

Mit der Durchführung der im folgenden angeführten Arbeiten ist die Firma Hamberger zum Preise von ca. S 365 000, -- zu beauftragen.

1. Blümelhuberstraße (Ende Baulos Blümelhuberberg bis Rooseveltstraße bzw. Ennsner Straße)
2. Kammermayrstraße (Beginn der derzeit. Asphaltierung bis zur Verbindungsstraße zur Einfahrbahn)
3. Schlüsselhofgasse (von der Blümelhuberstraße bis Rösselfeldstraße)
4. Georg-Aichinger-Straße
5. Neuschönauer Hauptstraße (Straßenendstück vor der Volkswagenreparaturwerkstätte)
6. Waldrandstraße bis Astartengasse

7. Lohnsiedelstraße

8. Christkindlweg.

Ich darf Sie um die Annahme bitten.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wird hier das Wort gewünscht? Sie sind also mit diesen beiden Anträgen einverstanden? Danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Das Projekt Umfahrungsstraße Hundsgraben soll von 7,50 m Fahrbahn auf 9 m verbreitert werden.

Diesbezüglich liegt folgender Antrag des Stadtsenates vor:

7) Bau 3-2299/1954

Änderung des Projektes "Umfahrung Hundsgraben".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Auftrag zur Umarbeitung des Projektes "Umfahrungsstraße durch den Hundsgraben", erforderlich geworden durch die beabsichtigte Fahrbahnverbreiterung von 7,5 m auf 9 m, wird der Firma Hamberger zum Anbotpreis von S 65 511, -- übertragen.

Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 65 500, --

(Schilling sechzigfünftausendfünfhundert) bei VP 664-92 aoH freigegeben.

Ich bitte um die Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht hiezu jemand das Wort? Die ist auch hier nicht der Fall und ich nehme somit an, daß Sie auch diesem Antrag Ihre Zustimmung geben. Als nächsten Berichterstatter bitte ich Herrn Kollegen Franz Enge!

BERICHTERSTATTER STADTRAT FRANZ ENGE:

Ein Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

8) Sport-2628/1962

Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe zum Ausbau des Sportplatzes Rennbahn.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke der Herstellung der Zentralheizungsinstitution im Zubau zum Garderobenhaus am Sportplatz Rennbahn wird der Betrag von

S 84 100, --

(Schilling achtzigviertausendeinhundert) als überplanmäßige Ausgabe bei VP 55-91 aoH bewilligt.

Die Deckung dieser überplanmäßigen Ausgabe ist aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu nehmen.

Der Auftrag wird der Firma Kriszan zum Anbotpreis von S 84 065,75 übertragen.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie das Wort hiezu?

Dies ist nicht der Fall und der Antrag ist somit angenommen.

STADTRAT FRANZ ENGE:

Der zweite Antrag ist ein Routineantrag. Es soll Kaltasphalt angeschafft werden.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

9) ÖAG-Städt. Wihof-1792/1963

Ankauf von Kaltasphalt.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke des Ankaufes einer zusätzlichen Menge Kaltasphalt für das Jahr 1963 wird der Betrag von

S 100 000, --

(Schilling einhunderttausend)

bei VP 727-55 oH freigegeben.

Die Bestellungen haben bei der Österr. Vialit-GesmbH in Braunau zu erfolgen.

Der letzte Antrag ist eigentlich

bereits ein Vorgriff auf das nächste Jahr. Im Budget, das wir heute beschlossen haben, ist der Ankauf eines Frontladergerätes beinhaltet. Da aber eine längere Lieferzeit für dieses Gerät vorhanden ist, wird gebeten, bereits jetzt diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

10) ÖAG-Städt. Wihof-7542/1963

Ankauf eines Frontladergerätes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke des Ankaufes eines Frontladergerätes bei der Steyr-Daimler-Puch AG für den Städt. Wirtschaftshof wird der Betrag von

S 113 000, --

(Schilling einhundertdreizehntausend) bei VP 727-91 oH 1964 freigegeben.

Zur Erklärung: Es sollte eigentlich nicht Frontladergerät heißen, sondern Traktor mit Frontladergerät.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu den beiden letzten Anträgen das Wort? Es ist dies nicht der Fall und Ihre Zustimmung wird somit angenommen.

Bitte Herr Stadtrat Huemer!

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS HUEMER:

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen nunmehr einen Antrag des Stadtsenates zu unterbreiten, welcher lautet:

11) ÖAG-Wasserwerk 5190/1963

Verlegung einer Wasserleitung in der Schiller- und Hafnerstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Der Auftrag zur Durchführung

der Baumeisterarbeiten für die Verlegung der Wasserleitung in der Schiller- und Hafnerstraße wird der Bau-firma Beer & Janoschovsky zum An-botspreis von S 45 456,70 übertragen.

Die Lieferung des Rohrmateria-les und die Leitungsmontage hat durch das Städtische Wasserwerk zum Prei-se von S 36 000, -- zu erfolgen.

Die Mittel sind von den Städti-schen Unternehmungen aufzubringen.

Als zweiten Antrag habe ich Ih-nen zur Beschlußfassung folgenden Antrag des Finanz- und Rechtsaus-schusses vorzulegen:

12) Gem-X-1344/1962

Regulierung des Investitionsschil-lings bei der Berechnung der Lust-barkeitsabgabe der Kinos.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im letzten Satz des Gemeinde-ratsbeschlusses vom 15. 5. 1962, Gem-X-1344/62, werden mit Wirkung vom 1. 1. 1964 die angegebenen Pro-zentsätze wie folgt geändert:

- 1,66 % in 3,62 % und
- 1 % in 1,8 %.

In den Gemeinderatsbeschlüssen vom 20. 3. 1962 und vom 15. 5. 1962, Gem-X-1344/62, werden die Zitie-rungen von § 10 (1) auf § 10 (2) und § 10 (4) auf § 10 (5) berichtigt.

Ich ersuche auch hier um die An-nahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLIN-GER:

Wünschen Sie zu diesen beiden Anträgen das Wort? Nachdem dies nicht der Fall ist, sind auch diese Anträge angenommen.

Bitte Herr Kollege Besendorfer!

BERICHTERSTATTER STADTRAT
ALOIS BESENDORFER:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen zwei Anträge zur

Beschlußfassung vorzulegen. Der erste kommt vom Stadtsenat und betrifft:

13) ÖAG-6702/1963

Genehmigung eines Grundtausches zwischen der Stadtgemeinde Steyr und der I. Gemeinnützigen Woh-nungsgenossenschaft Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abschluß eines Tauschver-trages zwischen der Stadtgemeinde Steyr und der Ersten gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft Steyr, Steyr, Tomitzstraße 8, wonach die Stadtge-meinde aus der ihr gehörigen Grund-parzelle 962/3, Kat. Gem. Steyr, Flächenteile im Ausmaß von 1 457 m2 gegen die Überlassung eines gleichgro-ßen Grundstückes aus der der Genos-senschaft gehörigen Grundparzelle 962/2 an diese überträgt, wird zuge-stimmt. Mit Rücksicht auf den glei-chen Wert der Tauschgrundstücke wird ein sonstiger Wertausgleich von kei-nem der Vertragsparteien geleistet.

Die Festlegung der näheren Be-dingungen des Tauschvertrages bleibt der Magistratsdirektion vorbehalten.

Ich ersuche um die Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLIN-GER:

Wünschen Sie das Wort hiezu? Dies ist nicht der Fall.

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Der zweite Antrag ist ein Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses und lautet:

14) Präs-534/1963

Erhöhung der Prämien für die Gruppenzusatzversicherung, Einbeziehung der Kinder in die Gruppenzusatzversicherung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Erhöhung der Prämien der

mit Gemeinderatsbeschuß vom 8. 9. 1953 mit der Wiener Städt. Wechselseitigen Versicherungsanstalt abgeschlossenen Gruppenzusatzversicherung auf S 39,-- wird zugestimmt. Des weiteren stimmt der Gemeinderat der Erweiterung dieser Versicherung durch Einbeziehung der Kinder der Versicherten, soweit für diese Kinder Kinderzulage bzw. Kinderbeihilfe gewährt wird, gegen eine Monatsprämie von S 15,-- zu.

Entsprechend dem Gemeinderatsbeschuß vom Jahre 1953 werden die Prämien zur Hälfte vom Dienstgeber getragen.

Ich ersuche Sie um die Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie das Wort? Dies ist nicht der Fall und der Antrag ist somit angenommen.

Herr Kollege Schachinger, darf ich Sie bitten!

BERICHTERSTATTER STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Im Verfolg der Tagesordnung habe ich Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates vorzutragen.

Der erste betrifft:

15) ÖAG-10520/1956

Weiterführung der Instandsetzungsarbeiten im Lebzelterhaus.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Zur Weiterführung der Instandsetzungsarbeiten am Lebzelterhaus wird ein Betrag von

S 100 000,--

(Schilling einhunderttausend) bei VP 35-91 oH freigegeben.

Die Arbeiten sind wie folgt zu vergeben:

1. Maurerarbeiten - Städt. Wirt-

- | | |
|---|-------------|
| schafthof | S 37 000,-- |
| 2. Steinmetzarbeiten - Fa. Benno Steller, Linz | S 8 000,-- |
| 3. Tischlerarbeiten - Städt. Wirtschaftshof | S 17 820,-- |
| 4. Glaserarbeiten - Fa. Tillian | S 906,60 |
| 5. Elektroinstallation - Fa. Wottawa | S 1 500,-- |
| 6. Plattenbelagerherstellung - Fa. Kittinger | S 5 524,-- |
| 7. Fußbodenbelägeherstellung - Fa. Schmidt Alfred | S 3 302,50 |
| 8. Maler- und Anstreicherarbeiten - Städt. Wirtschaftshof | S 4 500,-- |
| 9. Ankauf von Öfen und Herden - Fa. Hofer | S 3 867,58 |
| 10. Instandsetzung der Holzdecken - Fa. Bittermann | S 6 522,62 |
| 11. Abscheren der alten Malerei - Fa. Frank | S 2 948,-- |

Ich bitte um Annahme.

Der zweite Antrag betrifft:

16) ÖAG-5422/1963

Genehmigung einer Grundablöse im Zuge des Straßenerweiterungsbaues in der Damberggasse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Ablöse des für den Straßenerweiterungsbau Bahnunterführung Damberggasse erforderlichen Teiles der Liegenschaft EZ 307, Kat. Gem. Steyr, Konskriptionsnummer 339,, Damberggasse 7, von Rudolf Binderberger zu einem Ablösepreis von S 500 000,--

(in Worten: Schilling fünfhunderttausend) wird zugestimmt.

Die Festsetzung der Bedingungen des Kaufvertrages bleibt der Magistratsdirektion vorbehalten.

Der Betrag von S 500 000,-- wird als überplanmäßige Ausgabe bei VP 92 - 91 aoH bewilligt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Stimmen Sie auch diesem Antrag zu? Es erhebt sich keine Gegenstimme.
Herr Kollege Radinger bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT
PROF. STEFAN RADINGER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Der erste Antrag beschäftigt sich wieder einmal mit dem viel diskutierten Fernseh-Lokalsender Tröschberg, der ja heute auch schon in der Diskussion angezogen wurde. Ich möchte, weil es bisher unausgesprochen blieb, nur sagen, daß die Ausgaben, die heute bewilligt werden sollen, keine neuen Ausgaben sind, sondern daß es sich darum handelt, den Gemeinderats-Grundsatzbeschluss vom Vorjahr jetzt zu realisieren.

Der betreffende Antrag des Stadtsenates lautet:

17) K-6570/1962

Freigabe von Mitteln zur Errichtung der Fernseh-Lokalsendeanlage am Tröschberg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke der Ausführung der mit Gemeinderatsbeschluss vom 18.12.1962, K-6570/62, grundsätzlich genehmigten Umsetzanlage zur Verbesserung des Fernsehempfanges in Steyr wird der hierfür vorgesehene Betrag von
S 400 000, --

(Schilling vierhunderttausend) bei VP 327-91 aOH freigegeben.

Die Errichtung der Anlage erfolgt durch den Österreichischen Rundfunk, GesmbH, Wien.

Dazu wäre zu sagen, daß naturgemäß die Abrechnung mit dem Rundfunk erst im nachhinein erfolgen kann.

Ich bitte Sie um die Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wird hiezu das Wort gewünscht? Bitte Herr Kollege Stadtrat Schachinger!

STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

Sie wissen, daß wir in der vergangenen Budgetdebatte uns gegen diesen Antrag ausgesprochen haben. Wir bleiben auch heute bei unserer Meinung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Bitte Herr Kollege Schanovsky!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Ich will nur aufklärend bekanntgeben, daß im Budget 1964 die Ansatzpost dafür ein Überhang ist von dem was wir beschlossen haben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Darf ich um ein Zeichen der Zustimmung bitten, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Stimme geben. Danke. Gegenprobe? Er erheben sich 11 Gegenstimmen (gesamte ÖVP-Fraktion sowie Gemeinderat Watznböck und Gemeinderat Wagner). Weiters sind 2 Stimmenthaltungen (KLS-Fraktion) festzustellen.
Ich bitte um den nächsten Antrag!

STADTRAT PROF. STEFAN RADINGER:

Der nächste Antrag betrifft die Schulgeldeinhebung an der Städt. Handelsakademie, der Städt. Handelsschule und der Städt. Frauenberufsschule. Bisher wurde in diesen Schulen ein Schulgeld in der Höhe von rund

80 000 Schilling pro Jahr eingehoben. Nun hat der § 5 des Schulorganisationsgesetzes den Besuch höherer Schulen, wie sie nun heißen, schulgeldfrei also unentgeltlich gemacht, doch bestünde die Möglichkeit, daß die Stadtgemeinde Steyr, die diese Schulen ja gewissermaßen als Privatschulen führt, dieses Schulgeld weiter einheben könnte. Erfahrungsgemäß ist aber die Stadtgemeinde als sehr schulfreundlich bekannt, was ja auch darin begründet liegt, daß diese Schulen, von denen hier die Rede ist, von der Gemeinde ins Leben gerufen wurden. Es wurde, um eine einheitliche Regelung zu erzielen, diesbezüglich an den österreichischen Städtebund eine Anfrage gestellt, die bisher unbeantwortet blieb. Dennoch möchten wir auf diese Schulgeldzahlung doch mit sofortiger Wirkung, zumindest vorläufig bis eine einheitliche Regelung sämtlicher im Städtebund interessierten Städte erzielt wird, verzichten.

Der betreffende Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses lautet daher:

18) Schu-V-3116/1954

Regelung der Schulgeldeinhebung für die Städt. Handelsakademie, die Städt. Handelsschule und die Städt. Frauenberufsschule.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Bis zu einer gemeinsamen, für alle Privatschulen gültigen Regelung wird auf die Einhebung der Schulgelde für die Städtische Handelsakademie, die Städtische Handelsschule und die Städtische Frauenberufsschule vorläufig verzichtet.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Da dies nicht der Fall ist,

darf ich Ihre Zustimmung annehmen. Danke.

Herr Kollege Kubanek bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT LUDWIG KUBANEK:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Im Zuge des Wehrbaues in Zwischenbrücken war es notwendig geworden, die Heindlmühle, die ehemalige Kraftstation der Steyrwerke, anzukaufen.

Der diesbezügliche Antrag des Stadtsenates lautet:

19) ÖAG-4704/1962

Ankauf der Liegenschaft Heindlmühle.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf der Kraftstation Heindlmühle, EZ 1, Parzelle 157, Kat. Gem. Steyr, zum Preise von S 100 000, -- von der Steyr-Daimler-Puch AG wird zugestimmt.

Zur Deckung des Kaufpreises einschließlich Nebengebühren wird der Betrag von

S 110 000, --

(Schilling einhundertzehntausend) bei VP 673-91 aOH freigegeben.

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht hiezu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall und Sie sind somit einverstanden, daß wir die Heindlmühle um 100 000 Schilling erwerben.

STADTRAT LUDWIG KUBANEK:

Im Rahmen der 9. Gehaltsgesetz-novelle soll das Arbeiterschema durch zwei Gehaltsstufen ergänzt werden.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat hat folgendes zum Inhalt:

20) Präs-332/1963

9. Gehaltsgesetzsnovelle - Ergänzung des Arbeiterschemas durch zwei zusätzliche Gehaltsstufen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
I. Bis zu einer entsprechenden An-

derung des § 30 (2) des Statutargemeinden-Beamtengesetzes wird die Gehaltstabelle für die Beamten in handwerklicher Verwendung mit Wirkung vom 1. April 1963 wie folgt ergänzt:

V e r w e n d u n g s g r u p p e							
Gehalts- stufe	1	2	3	4	5	6	7
19	2 572,-	2 506,-	2 440,-	2 265,-	2 029,-	1 851,-	1 665,-
20	2 616,-	2 550,-	2 484,-	2 303,-	2 062,-	1 879,-	1 687,-

II. Ab 1. Mai 1963 wird die Tabelle III (Gehaltsansätze für die Beamten in handwerklicher Verwendung) des Gemeinderatsbeschlusses vom 8.

10. 1963, Präs-313/63, durch die Gehaltsstufen 19 und 20 wie folgt ergänzt:

V e r w e n d u n g s g r u p p e							
Gehalts- stufe	1	2	3	4	5	6	7
19	2 782,-	2 718,-	2 644,-	2 445,-	2 198,-	2 018,-	1 830,-
20	2 830,-	2 766,-	2 692,-	2 486,-	2 231,-	2 046,-	1 852,-

III. Ab 1. April 1963 wird die Gehaltstabelle des Schemas III durch die

Gehaltsstufen 19 und 20 wie folgt ergänzt:

E n t l o h n u n g s g r u p p e							
Gehalts- stufe	1	2	3	4	5	6	7
19	2 722,-	2 652,-	2 582,-	2 396,-	2 147,-	1 959,-	1 761,-
20	2 769,-	2 699,-	2 629,-	2 436,-	2 182,-	1 989,-	1 784,-

Ab 1. Mai 1963 wird die Tabelle 2 des Gemeinderatsbeschlusses vom 8. 10.

1963 durch die Gehaltsstufen 19 und 20 wie folgt ergänzt:

E n t l o h n u n g s g r u p p e							
Gehalts- stufe	1	2	3	4	5	6	7
19	2 923,-	2 852,-	2 778,-	2 568,-	2 308,-	2 121,-	1 922,-
20	2 974,-	2 902,-	2 828,-	2 610,-	2 342,-	2 151,-	1 945,-

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht hiez u jemand das Wort?
Dies ist nicht der Fall. Danke.
Bitte Herr Stadtrat Kollege Bau-
mann!

BERICHTERSTATTER STADTRAT
ALFRED BAUMANN:

Sehr geehrter Gemeinderat!
Ich habe Ihnen einige Anträge des
Stadt senates zu verlesen.
Der erste davon behandelt:

21) F-4554/1963

Säuglingswäschepaket-Aktion 1964.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Zum Zwecke des Ankaufes von 720 Stück Säuglingswäschepaketen bei der Firma "Zur Babywiege" Gertrud Klein in Steyr, Bahnhofstraße Nr. 2, auf Grund ihres Offertes vom 31. 8. 1963 zum Einzelnettopreis von S 224,42 wird der Betrag von

S 161 582,40

(Schilling einhundertsechzigtausendfünfhundertachtzigzwei 40/100) bei VP 449-52 oH 1964 freigegeben.

2. Die Lieferung hat, über das Jahr 1964 verteilt, in drei Etappen, und zwar zum 15. 1., 15. 5. und 1. 9. 1964 zu erfolgen, wobei bei Lieferung des ersten Postens der halbe Kaufpreis, bei Lieferung des zweiten der Restkaufpreis für die zweite Lieferung und bei der dritten Lieferung der Preis für die dritte Lieferung fällig ist.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie das Wort hiezu? Auch dies ist nicht der Fall.

STADTRAT ALFRED BAUMANN:
Der nächste Antrag betrifft:

22) F-5573/1963

Kohlenhilfsaktion 1963/64.

a) I. Teil.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Zur Durchführung des I. Teiles der Kohlenhilfsaktion im Winter 1963/64 für hilfsbedürftige Familien und Einzelpersonen wird der Betrag von

S 220 000,--

(Schilling zweihundertzwanzigtausend) bei VP 449-51 oH freigegeben.

2. Die Durchführung der Kohlenhilfsaktion obliegt der Mag. Abt. V, dem gemeinderätlichen Fürsoreferenten wird das Recht zur Erteilung von allfälligen Sondergenehmigungen in Abweichung der Richtsätze in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen erteilt.
3. Wegen Dringlichkeit wird gem. § 51 Abs. 3 des Gemeindestatutes der Mag. Abt. V die Ermächtigung erteilt, die für diese Aktion notwendige Kohlenbestellung wie folgt vorzunehmen:

Zu je 30 % bei der Konsumgenossenschaft Steyr und beim Steyrer Kohlenvertrieb,
zu 25 % bei der Fa. M. Weichseldorfer, Steyr, Mittelstraße 16 und
zu 15 % bei der Fa. Josef Grabner, Steyr, Sierninger Straße 97.

Ich bitte um Annahme. Die Kohlen sind schon ausgeführt!
(Allgemeines Gelächter)

b) II. Teil.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Zur Durchführung des II. Teiles der Brennstoffaktion 1963/64 in Einzelzuteilungen von 100 kg bzw. bei Empfängern von öffentlicher Fürsorge von zweimal 100 kg Braunkohlenbriketts Marke "Union" wird der Betrag von S 165 000,-- benötigt. Hiezu wird eine Summe von

S 123 000,--

(Schilling einhundertzwanzigtausend) bei VP 449-51 oH freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe von

S 42 000,--

(Schilling vierzigtausend) bei derselben Haushaltsstelle bewilligt. Die Deckung für diese überplanmäßige Ausgabe ist durch Mehreinnahmen bei den allgemei-

- nen Deckungsmitteln zu nehmen.
2. Die Durchführung der Brennstoffhilfsaktion obliegt der MA V nach Maßgabe der Amtsberichte vom 27. 9. 1963 und 5. 11. 1963. Dem gemeinderätlichen Fürsorgereferenten wird das Recht zur Erteilung von allfälligen Sondergenehmigungen in Abweichung der Richtsätze in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen erteilt.

3. Wegen Dringlichkeit wird gemäß § 51, Abs. 3 des Gemeindestatutes der MA V die Ermächtigung erteilt, die für diese Aktion notwendige Kohlenbestellung wie folgt vorzunehmen:

- Zu je 30 % bei der Konsumgenossenschaft Steyr und dem Steyrer Kohlenvertrieb
zu 25 % bei der Firma M. Weichseldorfer, Steyr, Mittelstraße 16
zu 15 % bei der Firma Josef Grabner, Steyr, Sieringer Straße 97.

Ich bitte um die Annahme. Diese Kohlen sind noch nicht ausgeführt!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Stimmen Sie diesen beiden Anträgen zu? Danke, dies ist der Fall.

STADTRAT ALFRED BAUMANN:
Der letzte Antrag betrifft:

- 23) F-5572/1963

Weihnachtssonderaktion 1963 zur Unterstützung bedürftiger Rentner und Pensionisten.

- Der Gemeinderat wolle beschließen:
1. Der Durchführung einer Aktion zur Unterstützung besonders bedürftiger Pensionisten und Kleinrentner zu Weihnachten 1963 mit einem Kostenaufwand von etwa
S 173 000, --

nach Maßgabe des Amtsberichtes der Magistratsabteilung V vom 1. 10. 1963 wird zugestimmt.

2. Hiezu werden

- a) S 65 000, -- aus VP 449-54 (O. Ö. Heimathilfe) freigegeben und
b) S 20 000, -- überplanmäßig (Zuwendung des Landes Oberösterreich) und
c) S 88 000, -- als Ausgabe aus VP 449-53 bewilligt.

Ich bitte um die Annahme und möchte gleichzeitig mitteilen, daß der Betrag bereits überzogen ist und Sie ersuchen, daß Sie auch hier Ihre Zustimmung geben. Es wird ca. 190 000 Schilling ausmachen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Erheben sich Gegenstimmen? Es ist dies nicht der Fall.

Ich bitte nun Herrn Stadtrat Petermair!

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD PETERMAIR:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich habe Ihnen 2 Anträge des Finanz- und Rechtsausschusses zum Vortrag zu bringen.

Der erste Antrag behandelt:

- 24) Bau 2-2179/1963

Abänderung des Stadtregulierungsplanes 1930 - Teilbauplan "An der Enns".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Stadtregulierungsplan vom 28. 3. 1930, Zl. 7583/29, wird in teilweiser Berücksichtigung der während der Auflagefrist erhobenen Einwendungen gemäß § 3, Abs. 5 des Gesetzes vom 1. 8. 1887, Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 22 in der Fassung der Gesetze vom 11. 2. 1947, LGBl. Nr. 9 und 10, nach Maßgabe

der Planunterlagen des Stadtbauamtes vom 10. 10. 1963, Bau 2-2179/63, abgeändert.

Die Einwendungen der Firma Weidinger und der Theresia Hirschlechner mußten aus den Gründen des Amtsberichtes vom 7. 11. 1963 in Wahrung öffentlicher Interessen zum Teil bzw. ganz unberücksichtigt bleiben.

Der zweite Antrag beinhaltet:

25) Bau 2-4134/1963

Genehmigung einer Grundteilung
(Franz und Barbara Mayr und
Gustav und Anna Müllner).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Grundteilungsbegehren des Franz und der Barbara Mayr und des Gustav und der Anna Müllner vom 24. Juni 1963 wird nach Maßgabe des Lageplanes des Dipl. Ing. Franz Herunter vom 15. Mai 1963, GZ 3535/63 und in Berücksichtigung der positiven Stellungnahme des Bauausschusses vom 29. Oktober 1963 im Sinne des Artikels XI Linzer BON 1946 zugestimmt. Gegen die Schaffung eines Bauplatzes aus den zukünftigen mit den Nummern 173/5, 167/5 und 287/5 der Kat. Gem. Hinterberg bezeichneten Grundparzellen bestehen keine Bedenken. Schließlich wird einer Bebauung der erwähnten Grundflächen nach Maßgabe der Bauvorschriften zugestimmt.

Ich bitte um Annahme der beiden Anträge.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wird hiezu das Wort gewünscht? Es ist dies nicht der Fall und damit sind die Anträge angenommen.

Anstatt des abwesenden Stadtrates Gherbetz bitte ich Herrn Gemeinderat Watzenböck!

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK anstelle des abwesenden Stadtrates Karl Gherbetz:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich habe Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzubringen. Der erste Antrag betrifft:

26) Bau 3-5403/1963

Verbreiterung der Einfahrt in die
Leopold-Werndl-Straße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke der Verbreiterung der Einfahrt in die Leopold-Werndl-Straße vom Brucknerplatz aus wird der Betrag von

S 59 000, --

(Schilling fünfzigneuntausend)

bei VP 664-91 oH freigegeben.

Die notwendigen Bauarbeiten sind der Firma Hackl zum Anbotspreis von S 59 000, -- zu übertragen.

Der zweite Antrag beschäftigt sich mit:

27) ÖAG-2395/1962

Genehmigung einer Grundablöse
im Zuge der Verbreiterung der
Dukartstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke der Regulierung und Verbreiterung der Dukartstraße wird der Ablöse eines Grundstreifens im Ausmaß von ca. 260 m² aus den Parzellen 1458/1 und 1148/1 von der Steyr-Daimler-Puch AG zugestimmt. Die Ablösesumme hat S 660, -- pro m² zu betragen, womit sowohl der Grund als auch die Wertverminderung der Restliegenschaft abgegolten ist. Die Herstellung einer Mauer oder eines Zaunes zwischen den Objekten der Steyr-Daimler-Puch AG und dem Nachbarobjekt Kompaßgasse 2 obliegt der Stadtgemeinde Steyr, weiters hat sie die straßenseitigen Parterrefenster der Häuser Dukartstraße Nr. 5, 7 und 9 mit eisernen Fensterkörben zu versehen.

Zur Durchführung dieser Grundablässe wird der Betrag von
S 172 000, --
(Schilling einhundertsebzigzweitausend) bei VP 664-96 oH freigegeben.

Ich bitte um die Annahme dieser beiden Anträge.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Wünscht jemand das Wort dazu? Es ist das nicht der Fall. Wir sind somit mit der Tagesordnung zu Ende und nähern uns auch dem Ende der Sitzung. Im Schatten dieser Summen, die im Budget genannt wurden, nimmt sich die Summe von 3,5 Millionen Schilling, die wir in der heutigen Gemeinderatsitzung vergeben haben, sehr dürrig aus.

Aber, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, der Berichterstatter und die Diskussionsredner über das Budget haben einen so großen Bogen der Aufgabengebiete umrissen, daß wir ein reiches Arbeitsgebiet für das kommende Jahr vorfinden. Der Haushaltsvoranschlag und das Protokoll der heutigen Sitzung werden eine Fundgrube für das Arbeitspensum, das wir im Jahre 1964 bewältigen müssen, sein. Es wird uns hier manchmal der Gedanke kommen, daß wir manches von diesem heute uns als Wunsch für das kommende Jahr Vorgenommenen aus finanziellen Gründen oder auch aus anderen Gründen noch für zukünftige Jahre vorbehalten werden müssen. Ich bin im Grunde genommen kein Pessimist. Aber trotzdem waren so große und schwerwiegende, in unser Gefüge so tief eingreifende Projekte zur Diskussion gestellt, die meiner Meinung nach im kommenden Jahr 1964 nicht werden bewältigt werden können.

Im Haushaltsvoranschlag spiegeln sich im wesentlichen absolute Ziffern. Um aber ein richtiges Bild

über unsere Arbeit zu geben, um ein richtiges Bild der Werte zu finden, die wir hier bewältigen werden müssen, ist es auch notwendig, daß wir uns im Raume orientieren und hier müssen wir nach Wertmaßstäben relativer Natur suchen, um bei allen unseren Diskussionen, bei allen unseren Vorschlägen und Vorhaben richtig den Wert dieser Projekte im Gesamtrahmen unseres Tätigkeitsfeldes einordnen zu können. Es gibt sehr verschiedene Maßstäbe. Einer dieser Maßstäbe ist sicher auch der Vergleich mit anderen Städten, der Vergleich, den das Studium des statistischen Jahrbuches des österreichischen Städtebundes uns gibt. Aber ich glaube, es muß immer und immer wieder der Grundsatz bei der Bewältigung aller unserer Aufgabengebiete eine, ich will sie als kommunalpolitische Gesinnung herausstellen, sein. Diese muß uns immer und immer wieder auch richtig orientieren und richtig führen bei allen unseren Vorhaben, die wir hier im Hause durchführen und beschließen wollen.

Gewiß, auch der Gemeinderat der Stadt Steyr setzt sich aus Funktionären verschiedener Parteirichtungen zusammen und es resultieren daraus gewiß auch Auffassungen, die fremde Auffassungen über die verschiedensten Probleme sind, die wir bewältigen wollen. Aber ich weiß, und gerade aus der abgelaufenen Jahresarbeit können wir es deutlich herauslesen, daß die überwältigende Mehrzahl der Beschlüsse einhellig gefaßt wurde und daß nur eine ganz geringe Anzahl von Beschlüssen sogenannte Mehrheitsbeschlüsse waren und eine noch kleinere Anzahl von Beschlüssen und Vorhaben echte differente Auffassungen innerhalb der verschiedenen Mitglieder des Gemeinderates in der Diskussion widerspiegeln.

Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen namens unserer Stadt den herzlichsten Dank dafür zum Ausdruck zu

bringen. Nicht ohne daran auch die Bitte zu knüpfen, im kommenden Jahr, im kommenden Arbeitsjahr, genau so mit einander zu arbeiten um wieder zum Wohle der Bevölkerung unserer Stadt und unserer Stadt selbst die Beschlüsse zu tätigen und die Arbeit in der Gemeindestube zu leisten.

Ich darf mich auch von dieser Stelle an den Verwaltungsapparat der Stadt wenden und allen Beamten den Dank der Gemeindevertretung zum Ausdruck bringen, gleichzeitig auch mit der Aufforderung und der Bitte, genauso wie bisher ihre Arbeitskraft, ihr Wissen, ihr Können, im Dienste unserer Stadt einzusetzen. Ich bin mir dessen bewußt, daß diese Bitte sicher auf fruchtbaren Boden fallen wird.

Ich schließe die heutige Sitzung mit den besten Wünschen für das be-

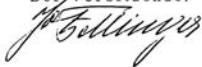
vorstehende Weihnachtsfest und vor allem mit sehr großen Erfolgswünschen für das kommende Jahr 1964, das uns allen in bester Gesundheit beschieden sein möge und gerade bei diesem Stichwort glaube ich mich mit Ihnen eines Sinnes, wenn ich den beiden erkrankten Kollegen, Kollegen Gherbetz und Kollegen Kohout, die besten Genesungswünsche selbstverständlich verbunden mit den Feiertagswünschen, in Ihrem Namen übermittle.

Nochmals recht herzlichen Dank und alles Gute für das kommende Arbeitsjahr!
(Allgemeiner Applaus)

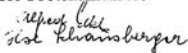
Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 19,40 Uhr.

Der Vorsitzende:



Die Protokollführer:



Die Protokollprüfer:

